

Dienstag, den 1. Juni 1869.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1 $\frac{1}{2}$ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.

24 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundertseitiger Jahrgang.

Annoncen - Annahme - Bureau der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Castiel; in Grätz bei Hrn. Louis Streissand und Hrn. P. Kempner; in Bromberg S. S. Mittel'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Rosse; in Berlin: A. Metzner, Schloßplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annonen-Expedition, Laubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sache & Co.; in Breslau: Emil Gabath; Jenke, Dzial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 30. Mai. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Hauptmann a. D. Rechnungs-Rath und Kreisgerichts-Deposital- und Salariaten-Rendanten Weise zu Bülow, dem Stadtgerichts-Sekretär und Kanzlei-Inspektor, Kanzlei-Rath Müller zu Berlin, und dem Ober-Steuer-Kontrolleur Nitzenbach zu Neustadt C. W. den Rothen Adler-Orden IV. Kl.; dem Professor Dr. Kullak zu Berlin den Kronen-Orden III. Kl.; und dem Ober-Appellationsgerichts-Sekretär Reinecke hier den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Der Eisenbahn-Baumeister Sebaldt zu Altena ist zum Eisenbahn-Bauinspektor ernannt und demselben eine Betriebs-Inspektor-Stelle bei der Ostbahn, mit dem Wohnsitz zu Berlin, verliehen worden.

Der Advokat-Anwalt und Notariats-Kandidat Wüst in Koblenz ist zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Kreuznach ernannt worden. Der Advokat Dr. jur. Hamburger in Frankfurt a. M. ist zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts dasselbst und der Notar Dr. Haag ebendieselbst zugleich zum Wechsel-Notar dasselbst ernannt worden.

Der „Dziennik Poznanski“ gegen die „Posener Zeitung.“

Unser Leitartikel in der letzten Freitagsnummer, über schrieb „Polnisches“, welcher den Hauptzweck hatte, die von Wiener Blättern verbreiteten Mähr, Preußen strebe das Lubliner Unionsfest zu stören, in ihrer Lächerlichkeit zu zeigen, hat die hier erscheinende polnische Zeitung zu zwei Erklärungen bewogen, von denen die erste — in der Sonnabendnummer eben so mäzzvoll als anständig war. Der „Dziennik“ billigte unsere Widerlegung der in einer Berliner Korrespondenz der „Breslauer Zeitung“ ausgesprochenen Ansicht, daß die polnischen Abgeordneten sich deshalb vom Reichstage fern halten, um „der Regierung keinen Anlaß zum Misvergnügen zu geben, weil sie der galizischen Jubelfeier für die Vereinigung Litthauens mit Polen ungestört Theil zu nehmen wünschen“; er drückte seine Mehrbilligung darüber aus, daß die polnischen Reichstagsabgeordneten den Sitzungen nicht bewohnen, und erklärte uns schließlich, daß unsere Auffassung der Unionsfeier keine richtige sei. Wir beschlossen in der That, da uns die bereits vor Monaten veröffentlichten, über diesen Gegenstand handelnden Leitartikel des „Dziennik“, auf welche er uns verwies, nicht mehr zur Hand waren, noch andere Quellen zu studiren, um die richtige Bedeutung der Lubliner Union und ihrer Jubelfeier kennen zu lernen.

Unterdeß aber scheint den „Dziennik“ seine anständige Erklärung gerent zu haben, denn in seiner Sonntagsnummer begeistert er sich zu folgendem Ausfall gegen uns:

Die „Posener Zeitung“ über die Lubliner Union.

Es ist nichts Unangenehmeres als die gute Meinung, die man von einer gewissen Sache, oder von einem Menschen gehabt, aufzugeben. In dieser Tage befinden wir uns der hier erscheinenden deutschen „Posener Zeitung“ gegenüber. Die seit Neujahr veränderte Redaktion dieser Zeitung schien uns in der That gegen Polen und die Polen, wenn auch nicht einen sympathischen oder gerechten, so doch wenigstens einen fühligen und objektiven Standpunkt einzunehmen. In der vom 27. d. dattirten Nummer der „Pos. Ztg.“ haben wir dagegen, wie wir dies bereits geskriben in unserer politischen Rundschau mit einigen Worten erwähnt, an Stelle eines Leitartikels einen trüben Kommentar zu der noch trüberen Korrespondenz der „Bresl. Ztg.“ über polnische Angelegenheiten unter dem Titel „Polnisches“ gefunden. In diesem Kommentar, dessen Sinn (sens) und Logik wir trotz des besten Willens zu entdecken nicht im Stande sind, finden wir redaktionelle Bemerkungen über die Lubliner Union, die uns beweisen, daß der Autor seine ganze Kenntnis der polnischen Geschichte höchstens aus den Broschüren des Hrn. Katinner oder den Kalendern des Pastor Bork geschöpft hat. Es genügt zu erwähnen, daß der Autor jener Bemerkungen z. B. vollständig im Ernst behauptet: „daß die Lubliner Union, eine That der Gewalt und des Zwanges — nach seinen Studien — ein geschichtliches Denkmal bleiben wird, wie wenig die Polen in den Zeiten ihres Wohlgegehens und ihrer Macht die Rechte anderer Nationen zu achten wußten.“ Diese eine Behauptung genügt für die ganze Kritik des redaktionellen Kommentars der „Pos. Ztg.“ Die billigste und beschleidigste Prätention, die man an jemanden stellen kann, ist, daß, wenn er sich ausspricht, sich über Sachen ausspreche, von denen er, wenn auch nur wenigstens eine oberflächliche Vorstellung hat. Was soll man aber von Redakteuren achtbarer politischer Journale, die mit Doktorplänen geschmückt sind, sagen, welche, obgleich sie, wie wir aus ihren Bemerkungen und Behauptungen erschne, kein Vorstellung von dem Gegenstande haben, den sie berühren, in ihren Zeitungen selbst oder anderen finnlosen Geschwäg (broadie) schreiben lassen, welches vielleicht leichtgläubige vermirken, bei Leuten aber, die die Sache näher kennen, nur Gelächter und Achselzucken hervorrufen kann. Mögen die Redakteure der „Pos. Ztg.“ erst politische Geschichte lernen, dann wird ihnen erlaubt sein, über sie zu schreiben.

Dieser Artikel schiebt uns Gedanken unter, die wir nie gehegt, noch weniger ausgesprochen haben und würde uns deshalb an sich einer Beantwortung nicht werth erscheinen, wenn wir es uns nicht als Aufgabe gestellt hätten, den nationalen Hephoreien zwischen Deutschen und Polen in unserer Provinz keinen Raum zu geben. Hier unsere Entgegnung:

Der „Dziennik“ läßt uns „im Ernst“ und — wie die Anführungszeichen glauben machen sollen — wörtlich behaupten, „daß die Lubliner Union, eine That der Gewalt und des Zwanges, ein geschichtliches Denkmal bleiben wird, wie wenig die Polen in den Zeiten ihres Wohlgegehens und ihrer Macht die Rechte anderer Nationen zu achten wußten.“

Wir haben das weder im Ernst noch im Scherz behauptet, sondern, nachdem wir in unserem Artikel dargethan, weshalb wir nicht glauben könnten, daß die preußische Regierung irgend etwas gegen die Feier der Union thun werde oder auch nur thun könne, da das Fest in Galizien begangen werden soll und nachdem wir

erklärt, daß wir nichts dagegen haben, wenn die Polen wieder einmal ein freies Polenreich votiren wollen, sagten wir wörtlich: „sonderbar erscheint uns nur die Gelegenheit gewählt, denn die Lubliner Union erinnert daran, daß die Polen, als sie noch ein herrschendes Volk waren, ihre Macht gegen die anderen Völker nicht stets im Sinne des Nationalprinzips ausgeübt haben. Nach langen Kämpfen und Streitigkeiten erst wurde Litthauen im Jahre 1569 vom König Siegmund August dazu vermocht, mit dem Polenreiche eine Union einzugehen und diese Union war eine halbe Unterwerfung, weshalb auch viele Litthauer den Reichstag von Lublin verließen. Die Litthauer werden wohl auch schwerlich diesen Bund feiern.“

Was wir behaupten, sagten wir nicht auf Grund der Broschüren Edward Kattner's, welcher unseres Wissens nie über die Lubliner Union geschrieben hat, nicht auf Grund der Kalender des Pastor Bork, die wir nicht kennen, sondern auf Grund einer polnischen Quelle, auf Grund unserer Lektüre der „Geschichte Polens“ von Joachim Lelewel. Diesem Manne wird doch der „Dziennik“ die Gerechtigkeit und Sympathie für das Polenreiche nicht absprechen wollen. In der That haben wir nie, etwa mit Ausnahme von Biardas Geschichte Frieslands, ein Geschichtswerk gelesen, in welchem die eigene Nation mit so viel Liebe und Wärme behandelt wird, als in Lelewels „Geschichte Polens.“ Da wir nun „föhler und objektiver“ sind, lasen wir nicht nur das, was auf den Blättern stand, sondern suchten auch zwischen den Zeilen zu lesen. Lelewel behandelt, wie uns scheinen will, die Sache etwas einseitig. Das „Feuer und die Zwietracht zwischen den Polen und Litthauern“, die „Unruhen und Bürgerkriege“ (man vergleiche besonders die Abschnitte XCVI, XCVII und XCIX), welche der Lubliner Union vorausgingen, stellt der polnische Patriot so dar, daß immer die Litthauer daran Schuld waren. Herrschte über beide Reiche ein litthauischer Fürst und empörte sich der polnische Adel, nun so war dieser ganz im Recht, denn der Fürst achtete nicht die Rechte der Polen oder vernachlässigte wenigstens das Land, herrschte dagegen ein Pole und die litthauischen Magnaten thaten dasselbe, dann war das durchaus nicht dasselbe, das waren dann „Ränke und Feindseligkeiten gegen Polen.“ (Vgl. CII.)

An diese „Kämpfe und Streitigkeiten“ erinnerte uns nun die Lubliner Union und wir behaupteten, daß die Polen damals nicht im Sinne des Nationalitätsprinzips gehandelt haben, denn sonst hätten sie bei dem ersten Anlaß zu den Litthauern sagen müssen: „Geht und regiert Euch wie Ihr wollt.“ Statt dessen aber bestrebteten sich die Polen, Litthauen mit ihrem Reiche zu vereinigen und zwar, „weil“, wie Lelewel sagt, „die Polen in der Vereinigung mit Litthauen einen gegenseitigen Vortheil erkannten.“ Warum die Litthauer so schwer zu der Erkenntniß kamen, daß der Vortheil gegen seitig sei, sagt uns Lelewel nicht und wir, da uns litthauische Quellen nicht zu Gebote stehen, wissen es auch nicht, eine historische Unkenntniß, die einem juristischen Doktorpläne wohl nichts schaden wird. Nur so viel wissen wir, daß es großer Klugheit und vieler Nachgiebigkeit bedurfte, ehe der polnische König Siegmund August die Litthauer vermochte, sich an Polen anzuschließen.

Das ist einstweilen, so lange wir nicht eines Besseren belehrt werden, unsere Ansicht von der Sache, und das allein haben wir gesagt, — kein Wort von „Gewalt und Zwang“, kein Wort davon, daß die Union ein Denkmal daran sei, wie wenig die Polen die „Rechte anderer Nationen“ geachtet haben.

Von der Ehrenhaftigkeit der Redaktion des „Dziennik“ hoffen wir, daß sie das Falsch fortgrenzt wird. Zur Ehre des „Dziennik“ nehmen wir an, daß die Verbreitung der Wahrheit nur aus mangelnder Kenntniß der deutschen Sprache geschah. Nur so begreifen wir, daß dem Verfasser des polnischen Artikels „Sinn und Logik“ unserer Bemerkungen, welche — wie wir meinen — selbst einer mäßigen Auffassungskraft nicht zu viel zumuteten, unverständlich blieb, was wir aber nicht begreifen, ist der Mut auf Grund seiner mangelhaften Kenntniß unserer Ausschaffungen einen bis auf das persönliche Gebiet streifenden Ausfall zu wagen — gegen uns, welche „war nicht einen sympathischen oder gerechten, aber doch wenigstens fühligen und objektiven Standpunkt“ gegen die Polen bisher einnahmen.

In der That glaubten wir bisher, sogar gerecht gegen die Polen zu sein. Wenn die vom „Dziennik“ verlangte Gerechtigkeit freilich darin bestehen sollte, die Loslösung Posens von Preußen gut zu heißen, dann sind wir ganz und gar ungerecht; nach unserer Meinung aber besteht sie darin, die Gleichberechtigung der polnischen und deutschen Staatsbürger zu wahren. Unseren Wahlspruch: „Gleiche Rechte für Alle, Privilegien für Niemanden“ wandten wir auch den Polen gegenüber an. Ist das nicht gerecht? Ja, wir thaten noch mehr. Wir betonten wiederholt das Verlangen nach einem guten Einvernehmen zwischen den Preußen der verschiedenen Nationalitäten; wir gaben sogar den Stimmen von Männern Raum, welche ihre Hand den Polen bis an das Herz entgegenstreckten, freilich ohne dafür auch nur einen Finger zu erlangen; wir vermieden es sorgfältig alle Schritte und Fehltritte der Polen zu registrieren und von unserem Standpunkte aus zu beleuchten. Und trotz alledem benutzt der „Dziennik“, welcher diesmal hoffentlich nicht die Ansicht der Polen ausspricht, hastig die erste Gelegenheit, um uns

anzufallen — in einer Weise, wie sie plumper und größer kaum gedacht werden kann.

Es ist das weder gerecht noch klug. Oder sollte es wirklich dem „Dziennik“ ganz gleichgültig sein, ob eine Zeitung, welche die nächste Gelegenheit hat, der Verdolmetscher seiner Ausschaffungen für die deutsche Presse zu sein und die seinen Beschwerden, wenn diese nämlich gerecht sind, ein weiteres Echo giebt, sollte es, sagen wir, dem „Dziennik“ gleichgültig sein, ob diese Zeitung ihm eine „kühl und objektive“ (weiter würden wir beim „Dziennik“ nie ansehen) Kollegin oder eine von polenfeindlicher Tendenz erwärmet Gegnerin ist?

Deutschland.

△ Berlin, 29. Mai. Der Streit zwischen dem Domkapitel von Freiburg und der badischen Regierung beruht auch Preußen. Die hohenzollerschen Lande gehören nämlich zur Diözese Freiburg und die Suffraganbischöfe von Fulda und Limburg ressortieren zur oberrheinischen Kirchenprovinz, stehen also ebenfalls unter dem Erzbischof von Freiburg. Die Wahlliste des Domkapitels ist nun von Seiten der badischen Regierung mit Ausschluß einer einzigen Persönlichkeit nicht genehmigt worden. Die badische Regierung war zu dieser Entscheidung völlig berechtigt; denn die Bulle vom 11. April 1827, welche die Verhältnisse der oberrheinischen Kirchenprovinz regelte, saß wie das Brevet vom 28. Mai 1827 bestimmt, daß Seitens des Domkapitels zu Freiburg die Namen der Kandidaten für den Erzbischof zur Kenntniß der badischen Regierung gebracht werden sollen und daß das Kapitel, wenn die badische Regierung irgend einen der Kandidaten nicht genehmigt, diesen Namen streichen soll. Natürlich hat dieses „irgend einen“ nicht die Bedeutung von „nur einen Kandidaten“ sondern von „jedwedem“ derselben, denn das Kapitel ist ja dadurch gewissermaßen verpflichtet der badischen Regierung möglichst Persönlichkeiten nicht zu wählen. Die päpstliche Bulle wurde ja eben darum erlassen, damit sich der Streit über die weltliche Macht nicht erneuere. Deshalb empfahl denn auch das Brevet, nur solche Personen auf die Wahlliste zu setzen, von denen man schon vor dem feierlichen Alt der Wahl erwarten konnte, daß sie der Regierung genehm sein würden. Es folgt daraus, daß die badische Regierung mit ihrem Differenz ganz im Recht ist und das Domkapitel von Freiburg verpflichtet ist, seine Wahlliste bis auf den einen, der badischen Regierung genehmten Namen im Sinne dieser Regierung anzureichern zu ergänzen. — Die Angriffe des österreichischen Generalstabberichtes gegen Bayern werden nur vom Wiener Korrespondenten in der Presse des Auslandes umhergetragen. Einer derselben, der seine Waare im Daily Telegraph ablegt, bezeichnet die angebliche Pförtnerische Forderung bayrischer Gebietserweiterung auf Kosten Österreichs als „unerhörte Frechheit“, eine „Beträtherei“, die nach der Auflösung Österreichs schon während des Krieges geträchtet habe, um sich an den Stücken des österreichischen Leichnams zu bereichern. Bayern möge sich fürchten vor dem Tag der Abrechnung u. s. w. — In der heutigen Reichstagsitzung wurde der Gesetzentwurf bestehend die neue Gewerbeordnung durch Schlussabstimmung genehmigt. Gleicher geschah mit dem Literarvertrag des Nordb. Bundes und der Schweiz und zwar ohne Debatte. Es folgte dann die Beratung der Finanzvorlagen. Die Polemik der Blätter gegen die Steuervorlagen dauert fort, doch scheinen einzelne das Programm einer puren Ablehnung aufgegeben zu haben. So schlägt z. B. die heutige „Nat.-Ztg.“ einen sehr harmlosen Ton an. Sie verlangt eine gewissenhafte Prüfung der Steuervorlagen und verweist die Regierung mit sehr trostlichen Worten auf den preußischen Landtag. Aber andere Organe der liberalen Presse und Partei fassen die Frage in demselben Moment ganz anders auf. Die „Autographische Korrespondenz“ verlangt, daß der preußische Landtag, wenn er die Sache in die Hände bekommt, die Klagen des Landes aufs Tapet bringe und deren Abhilfe als Kompensation etwaiger Finanzbewilligungen verlange. — Das Auftreten des Reichstagsabgeordneten aus Hannover, Professor Ewald, hat durchaus den Erwartungen, die man daran knüppte, nicht entsprochen. Zunächst ward er ohne alle Sensation empfangen; ja, sein Erscheinen blieb fast unbemerkt. Die von ihm soeben erschienene politische Broschüre: „Die zwei Wege in Deutschland“, beweist, nach der Kritik der „Span. Ztg.“, daß es ihm weniger auf gründliche historische Forschung, als auf Ausbeutung der augenblicklichen Stimmung ankommt. Die Schrift steht in Bezug auf Preußen, den bittersten Pamphleten der Neuzeit nicht nach. Seine Gehässigkeiten in der Beurteilung Friedrichs des Großen richten sich selbst und liefern nur den Beweis, daß Herrn Ewald die traurigen Vorbeeren eines Onno Klopp nicht schlafen lassen. — Kapitän zur See, Klapp, Direktor des Marine-Depots in Kiel, ist zum Kommandeur der Panzerfregatte „Friedrich Karl“, Korvetten-Kapitän Werner, zum Kommandeur der Panzerfregatte „Kronprinz“ ernannt. Korvetten-Kapt. Berger, bisheriger Kommandeur der „Niobe“, kommt nach Kiel in Stelle Klapps. Korvetten-Kapt. Grupon wird Kommandeur der „Niobe“ und Korvetten-Kapt. Livonius übernimmt bis auf Weiteres die Wahrnehmung der Geschäfte des Verstdirektors an Stelle des

1 $\frac{1}{2}$ Sgr. für die fünfgeschossige Seile oder deren Raum, Seile am verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Werner. — Einen großen Erfolg der Opposition bekundet der Ausfall der Wahlen in Frankreich eben nicht, da die Zahl der Oppositionsmitglieder die bisherige nur sehr wenig übersteigt. Dedenfalls bildet die Opposition den Napoleonischen Anhängern gegenüber ein äußerst bescheidenes Minimum. Von einem Einfluss derselben auf den Gang der Regierungsangelegenheiten oder auf die kaiserlichen Entschlüsse kann daher kaum die Rede sein. Die Wirksamkeit der Opposition, die bis zu den vorgebrachten Elementen des Sozialismus reicht, wird sich daher wohl auf Reden beschränken, die eher dazu beitragen, die Napoleonische Politik zu konsolidieren, als sie zu schwächen.

Berlin, 30. Mai. Die gestrige Verhandlung des Reichstages über die Besteuerung des Branntweins übertraf in ihrem schließlichen Resultat, der Ablehnung der im § 2 ausgesprochenen Steuererhöhung, selbst die Erwartung derjenigen, die von vornherein der Regierung nur eine winzige Minorität für ihre Vorhabe vorhergesagt hatten. Nachdem von beiden Seiten, von liberaler, wie von konservativer, alle Männer einberufen waren, als wenn es sich um eine unmittelbar bevorstehende Entscheidungsschlacht handle, hatte es etwas unverstehlich Komisches, daß das Haus am Ende der Dinge sich in schönster Eiumüthigkeit zu einem beinahe einstimmig gefassten Votum zusammenfand und daß nicht mehr als 15 Stimmen, unter ihnen ein Prinz, zwei Minister und zwei Generäle übrig geblieben waren, um dem Regierungsentwurf die letzte Ehre anzuhun. Man kann wohl getrost behaupten, daß eine so kleine, wenn auch, wie nicht zu leugnen, sehr illüstre Regierungspartei in einem konstitutionellen Staatswesen noch nicht dagegen ist und wer die Sache äußerlich betrachtet, wird ein schwer lösbares Rätsel darin finden, daß die verbündeten Regierungen trotzdem das Vergnügen einer dritten Lesung des Gesetzentwurfs nicht entbehren zu können glauben. Es ist kaum anzunehmen, daß die Regierung lediglich anstandshalber, um sich nicht sofort als geslagen zu erkennen zu geben, die Berathungen fortsetzen läßt und ebensoviel rechnet sie natürlich auf die Unstimmung in den Ansichten einer so großen Majorität. Der für die Regierung hoffnungsvolle Gemüthszustand des Abg. Gumbrecht, der schon gegenwärtig ankündigt, daß er bei der zweiten Lesung eigentlich nur gegen die Steuer stimme, weil er bei der dritten Lesung für dieselbe stimmen zu können hoffe, ist bei den übrigen Abgeordneten nicht sehr zahlreich vertreten. Dagegen hat die Regierung wohl schwerlich auf die Hoffnung ganz verzichtet, daß es ihr möglicherweise gelingen werde, irgend einen Kompromiß zu Stande zu bringen, zu dem die Freikonservativen und ein Theil der Nationalliberalen die Hand bieten sollen, so daß entweder die Majorität für eine Vereinfachung gewonnen, oder wenigstens das Zusammenhalten der liberalen Fraktionen gesprengt würde und die Regierung aus ihrer gegenwärtigen Ver einsammlung wieder herausströmt. Soll die stramme Haltung wider die national-liberale Partei fortgesetzt und die der selben zugedachte Krisis verwirklicht werden, vermittelst welcher dieselbe der „Kreuz-Ztg.“ zufolge in das Nichts ihres Ursprungs zurück sinken würde, so muß nothwendigerweise eine Scheidung unter den „Steuerverweigerern“ angebahnt werden. Die ganz hartnäckigen Böcke müssen von den Schafen gefordert werden, die wenigstens unter Umständen mit sich reden lassen wollen. In diesem Sinn dürfte ein Meinungs austausch sich angepönnen haben, der vielleicht nicht ganz ohne Ausicht auf Erfolg ist, so wenig er natürlich auch bei der gestrigen Abstimmung schon hervortreten konnte. Die Aeußerung des Abg. Graf Bethuys-Hue, der ausdrücklich auf einen Kompromiß hinwies, zu dem er die Hand bieten wolle, ist in dieser Beziehung bezeichnend genug. Graf Bethuys-Hue möchte in die Steuerer

höhung, wenn es nun einmal nicht anders geht, schon willigen, aber in der Form als Konjunktions-, Schank- oder Getränkesteuer. Auf diesem Standpunkt ist das Diktum des Grafen Bismarck, die Opposition wolle statt Brod Steine reichen, jedenfalls schon nicht mehr anwendbar. — Ein sehr bemerkenswerther Artikel der gestrigen „Kreuz-Ztg.“ knüpft an den Gegenstand meines letzten Briefes an und polemisiert in auffälliger Weise gegen die Überhebung der Kurie anlässlich der Freiburger Bischofswahl. Die „Kreuz-Ztg.“ steht gewöhnlich mit den Ultramontanen auf einem guten Vertrauensfuß, um so auffälliger muß diese Verwarnung erscheinen, die wir gern als ein Symptom verzeichnen möchten, daß die diesseitige Regierung ihr indifferentes Verhalten in dieser Angelegenheit aufzugeben beginnt. Bekanntlich ist Preußen wegen Hohenzollern, Limburg und Nassau bei der oberherrschaftlichen Kirchenprovinz direkt mit interessiert. (Vgl. unsere Korrespondenz.)

— Ein Erkenntniß des Reichstagshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 13. März 1869 bestimmt: Gegen Anordnungen der Polizei wegen Anlegung und Erweiterung eines öffentlichen Weges findet ein gerichtliches Prozeßverfahren nicht statt.

— In Folge einer mit den beteiligten Ressort-Ministern getroffenen Vereinbarung wird vom Justizminister bestimmt, daß bei Berechnung der nach dem Alterh. Ordn. vom 6. Juni v. J. für die Überlafung einer Dienstwohnung zu entrichtenden Vergütung die Einwohnerzahl des betreffenden Ortes, ausschließlich der daselbst wohnenden Militärpersonen zum Grunde zu legen ist, und ferner im Einverständnisse mit dem Finanzminister und der k. Ober-Rechnungs-Kammer, daß Beamte, welche auf ihren Dienstreisen von einer Eisenbahn auf eine andere übergehen müssen, soltan nicht blos in den in der Allg. Verfügung vom 15. März 1851 gedachten Fällen, sondern auch dann zur Erhebung des im § 1 Nr. 2 des Alterhöchsten Erlasses vom 10. Juni 1848 festgelegten vollen Maßquartals für Nebenkosten beim Ab- und Zugehen berechtigt sind, wenn sie zwar nicht nöthig haben, sich bei dem Übergange nach einem anderen Bahnhofe zu begeben, aber sich auch nicht eines durchgehenden, für beide Bahnen gültigen, zur kostentreuen Gesprächsförderung von der einen Bahn auf die andere berechtigenden Billets bedienen können.

— Das die Regelung des Einquartierungswesens ordnende Bundesgesetz vom 25. Juni v. J. hatte zu Zweifeln über die Belegungsfähigkeit des Amtsgebäude von Geistlichen und Lehrern mit Einquartierung in Friedenszeiten (nur diese letzteren hat das Gesetz im Auge) geführt. Das Gesetz gesteht aber den entbehrlichen Kosten der Geistlichen und Lehrer keine Befreiung zu.

— An den Reichstag wird in diesen Tagen noch eine finanzielle Förderung kommen, der Staat für den Bundes-Oberhandelsgerichtshof in Leipzig. Die Stelle eines ersten Präsidenten wird nach dem „Dr. I.“ mit 6000 Thlr. dotirt sein. Obwohl das Gericht, daß zum ersten Präsidenten dieser Oberinstanz der Bundeskommissar Dr. Pape eingesetzt sei, dementirt wurde, taucht es neuerdings wieder stärker auf; als Vizepräsidenten sollen die Mitglieder der Ober-Appellationsgerichte von Dresden und Lübeck, Dr. Tauchnitz und Dr. Drechsler, in Vorschlag gebracht worden sein.

— Die „Köln. Ztg.“ schreibt über eine ihr widerfahrene Konfiskation unterm 29. Mai:

Unser gestrige Blatt (Nr. 146) wurde polizeilich mit Beschlag belegt wegen ein Paar kurzer Bitate zur Charakterisierung des Urtheils der österreichischen Presse über den Norddeutschen Reichstag. Wir hatten ein österreichisches Journal, die „Neue Freie Presse“, und ein ungarisches, den „Pester Lloyd“, gewählt, und man begreift, daß das Urtheil der österreichischen Blätter ungünstiger ist, als unser eigenes. Wir selbst haben bei unseren lebhaften Sympathien für den Norddeutschen Bund und seinen Reichstag uns über dessen Wirklichkeit vielfach mit so großer Achtung und Anerkennung geäußert, daß der Reichstag schwerlich seine gesetzlich erforderliche Einwilligung zu einer gerichtlichen Anklage erhielt. Wenn der „Neuen Freien Presse“, über deren blinde, fanatische Gehässigkeit gegen Preußen und die „Kölnische Zeitung“ wir so oft Klage geführt, es bleibt, den Reichstag als eine willenlose Geldbewilligungsmaschine zu betrachten, während er doch alle oder fast alle Steuerforderungen zurückweist, so wird der Reichstag wegen dieser freudigen Thorheit die „Kölnische Zeitung“ nicht verantwortlich machen wollen. Etwas befremdend ist es uns übrigens gewesen, daß wir nicht blos den Norddeutschen Reichstag, sondern auch den Grafen Bismarck beleidigt haben sollen, obgleich von ihm nichts Schlimmeres gesagt wurde, als daß er den National-Liberalen die Ministerposten gezeigt habe, wie man Papageien ein Stück Brot zeige, nicht zum Essen, sondern zum Necken.

Posens Anteil an der deutschen Literatur.

Studie von Wilhelm Goldbaum.

Introit, nam et hic dñ sunt.

Wer an ein bestimmtes geographisches Verhältniß eine Art poetischer Immunität knüpft und darin wollte, daß die Herbringung poetischer Talente an klimatische oder ethnische Umstände, an einen bestimmten Boden gebunden sei, würde das Wesen der Poete arg verfehlten. Sie ist eine Kosmopolitit der edelsten Art; wo immer der gesessene Menschengeist, sich befriedig, zur Humanität hinanstreb, dorthin sieht sie siegreich ihren Fuß unbedingt von Racen- und Nationalitätenbader, von Religionseifer und Partegeist. Das Schwaben und Schlesien von jeher ein Privilegium haben, in dem „deutschen Dichterwald“ die hochragendsten Dichterkrone zum Himmel emporzufreden und über die Prosa des deutschen Alltagslebens das dichteste Laub der Poete auszubreiten, weiß jeder, der in die Blätter einer deutschen Literaturgeschichte auch nur einen oberflächlichen Blick geworfen. Beweist das aber, daß ein Land so beschaffen sein müsse, wie Schwaben oder Schlesien, um recht viele und recht gute Poeten erzeugen zu können? Oder ist es nicht eine reine Sufäsigkeit, daß z. B. Frankfurt a. M. zugleich den Dichterfürsten Göthe und den Börsenfürsten Rothstiel hervorgebracht, daß derselbe Boden, dem der älterklare Denker Lessing entwuchs, auch den verworrenen Schwärmer Jakob Böhme geboren?

Wer dennoch solche provinziell begrenzte Literatursegmente aus dem gesammten Geistesleben einer Nation herausnehme, wie es der verstorbene Breslauer Professor August Käpferl in seinem „Antheil Schlesiens an der deutschen Literatur“ gethan, und wie es diese Skizze mit Poeten versucht, kann nichts Anderes als aufzeigen wollen, in welchem Maße ein einzelner Landestheil an der Verwirklichung des gesammten nationalen Gedankens mitgearbeitet habe, und was von ihm für die Zukunft noch zu erwarten steht.

Und da haben Schwaben und Schlesien allerdings das beeindruckendste Recht, sich ein hervorragendes Verdienst um die Entwicklung des deutschen Geisteslebens vindizieren zu dürfen, — Schwaben, von dessen sangesfröhnen Gauen noch in neuerer Zeit die versährerische Parole ausgegangen: „Singe, wenn Gesang gegeben in dem deutschen Dichterwald“, und Schlesien, die Wiege der Döpischen „Poeterey“, von der sich die gefallne Dichterthaar des 17. Jahrhunderts ihre Dräte holte. Die geringste Ausbute werden naturgemäß den Grenzländern geben, jene sowohl, die im Laufe der Jahrhunderte dem politischen Zusammenhang mit Deutschland entzogen worden, wie auch diejenigen, welche sich der kulturausbreitende deutsche Geist erst später auch zu politischer Gemeinschaft gewonnen. Aber es ist eines jeden deutschen Literaturhistorikers heilige Pflicht, vor immer Spuren deutschen Geisteslebens seinem Blicke begegnen, sie liebvolß zu erforschen und dem geistigen Nationalgeiste hinzuzufügen, und als eine unverlierbare Stätte, die zu betrachten, an der auf einsamen Vorposten schne Blüthen das Wachsthum des deutschen Genius verkünden. Ist uns auch die politische Zusammengesetztheit mit den Ostseeländern, mit dem Elsaß, mit Deutsch-Westreich abhanden gekommen, — geistig sind und bleiben sie doch die Unseren. Wer möchte im deutschen Dichtersaal die Gebrüder Stöber, Tegor von Sivers, wer gar Anastasius Grün vermissen wollen? Wer der Provinz Poeten die begeisterte Mission verkümmern, eine Bedette des germanischen Kulturdranges zu sein, die bis an die Grenzpfähle des russischen Ostens vorgeschoben, das Banner deutscher Civilisation hochträgt, eine Ostmark des deutschen Geistes?

Nicht erst, seitdem es politisch in deutschs Hände gelangt, zeigt Poeten Spuren deutlichen Geisteslebens; lange schon, bevor es von der preußischen Regierung gewissermaßen ex officio unter die unmittelbare Einwirkung ger-

— Wie die „B. K.“ hört, sollen im Laufe dieses Sommers Seitens der Polen noch einige nationale Demonstrationen stattfinden und zwar ein gemeinschaftlicher Kongress von Gelehrten und Fachmännern aller Art aus den verschiedenen polnischen Landesteilen zu Krakau, die dreihundertjährige Jubelfeier der am 11. August 1669 auf dem Lubliner Reichstage geschlossenen Union zwischen Polen und Litauen. Die Heimholung der Gebeine des polnischen Dichters Adam Mickiewicz aus Frankreich und deren feierliche Beisetzung im Dom zu Krakau dürfen hierzu den mutmaßlichen Anstoß gegeben haben.

Königsberg, 28. Mai. Die gegenwärtigen Auswanderungen der Mennoniten aus unserm Weichsel-Delta nach Südrussland, schreibt die „R. H. Z.“, geben verschiedenen öffentlichen Blättern Veranlassung, über deren eigentliche Ursachen falsche Vorstellungen zu verbreiten. Bald soll es die allgemeine Wehrpflicht, bald wieder der enorme Steuerdruck sein, was diese Seite aus dem Lande treibt. Nichts von alledem ist wahr. So lange wir denken können — und wir haben lange genug im Werden gewohnt, um es zu wissen — wanderten Jahr aus Jahr ein Mennoniten in Folge der früheren Beschränkung des Grundbesitzerwerbes, die Taschen mit blanken Imperials vollgepliss, aus den üppigen Gegenden Preußens nach den Ufern der Wolga, und sie seien jetzt nur die alte Gewohnheit fort, ohne ein zwingendes Motiv zum Verlassen der Heimat zu haben. Die Gewohnheit aber wird ohne Zweifel bald ganz aufhören, wenn sie erst mit der übernommenen Wehrpflicht auch die in Aussicht gestellte vollständige Rechtsgleichheit werden erlangt haben. Das intelligente konstitutionelle Preußen darf am Ende auf diese Religionsfeste doch mehr Anziehungskraft ausüben, als das sie über kurz oder lang bedrohende Russifizierungssystem.

Hannover, 28. Mai. Eine Untersuchung wegen Schmähung von Einrichtungen und Anordnungen der Staatsregierung ist gegen den Obergerichtsanwalt Schenck und den Advokaten Fischer II. eingeleitet worden. Die Schmähung soll in Äußerungen gefunden werden, welche die genannten Herren in einer Wahlversammlung in Linden gemacht haben sollen. (S. f. N.)

Bremen, 29. Mai. Der hier zu seiner Jahressitzung versammelte Ausschuß der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat die Anzeige erhalten, daß sich die letzten beiden Sondervereine zu Hamburg und Stolpmünde der Gesellschaft als Bezirkvereine angelassen haben. Der Ausschuß hat Herrn H. H. Meier einstimmig zum Präsidenten wiedergewählt und damit Bremen zum Vorort gemacht. Die nächste Jahressitzung wird in Stettin stattfinden.

Oesterreich.

Wien, 29. Mai. Der Streitfall mit dem Linzer Bischof ist noch Gegenstand der manigfachsten Zeitungsnachrichten. Die „N. & F. Pr.“, der wir die Darstellung des Vorganges entnommen, und auch andere Blätter erklären alle, hauptsächlich von klerikalen Blättern gebraucht, abweichenden Mitteilungen darüber für falsch. Die amtliche „Brünner Morgenpost“ bestätigt übrigens, daß dem Bischof eine Geldstrafe von 500 Gulden angedroht ist und hofft, daß im Rentenfalle eine weitere Steigerung der Geldbuße ihre Wirkung nicht verfehlen wird. — Ein Pester Blatt will wissen, daß die Einladung des bayerischen Premiers, Fürsten Hohenlohe, betreffend ein gemeinsames Vorzeichen der katholischen Mächte gegenüber dem österreichischen Konzile, auch dem ungarischen Ministerium zur Meinungsäußerung vorgelegt wurde. Der Leiter der auswärtigen Politik fühlte sich nämlich nicht berufen, in dieser Angelegenheit selbstständig vorzugehen, und zog auch die beiderseitigen Ministerien zu Rathe. Von allen Seiten begegnete man sich jedoch in der Ansicht, daß es nichts weniger denn opportun sei, jetzt schon auf den Vorschlag des Fürsten Hohenlohe einzugehen und sich mit dem Konzil zu beschäftigen, ehe man die Beschlüsse desselben kenne. Sollte das Konzil jemals Beschlüsse fassen, welche die innere Gesetzgebung der gemeinsamen Monarchie berühren, dann

da stößt ihm plötzlich die Bunge, die erhobene Hand sinkt wieder, und der Greis fällt vom Schlage getroffen in die Arme der Herausgeber.

Doch sein Geist wirkt in seinen Schülern fort, an lebendigsten in Johannes Heermann, jenem frommen Liederdiener, dem die zeitgenössischen Kirchenprediger bereitwillig selbst die Palme der Meisterschaft auferkannten. — Heermann war zwar in dem sächsischen Städten Rauden (11. Oktbr. 1585) geboren, aber in Herbergers Hause zu Braustadt hatte er eine zweite Heimat gefunden. Seifig wie seiflich entfaltete er sich unter des Braustadters Rektors liebvollem Einfluß und vorzugswise seine poetischen Talente fanden so schnell zum Durchbruch, daß er schon am 8. Okt. 1608 als 23jähriger Jungling in Brieg feierlich zum Dichter gekrönt wurde. Nachdem der fromme, fränkische Poet dann in den Hörsalen von Leipzig, Jena und Straßburg sich der Gotteslästerlichkeit verschlichen, wurde er schließlich Prediger in Höben an der Oder. Aber der arme Dichter hat eine auffallende Neiglichkeit mit Probi. Krämerlich durch alle Stunden seines Lebens doch nicht verzweifelt, betet er täglich:

O Gott, du frommer Gott, du Brunnquell guter Gaben,
Ohn' den nichts ist, was ist, von dem wir Alles haben,
Gesund Leib gib mir, und daß in solchem Leib
Ein' unvergleich' Seel' und rein' Gewissen bleib'.

— Dreimal — im Wintern des Kriegs und in den Drangsalen der Pest — dringen rauhe Kriegsoldaten ihm in friedliche Häuser, rauben ihm sein ganzes Hab und Gut und nur mit genauer Noth entgeht er selbst dem Tod. Und da er schließlich seinen siegenden Körper nicht mehr zur Kanzel hinaufschleppen kann, verzichtet er auf sein Amt in Höben und siedelt nach Polnisch-Lissa über, wo er nun Jahre lang schwend, aber immer singend und dichtend sein düsteres Dasein durch die Segnungen der Poete verlacht und sich und Andern zum Trost die „poetischen Exequiundus“ verfaßt, bis er am 17. Febr. 1647 in Lissa verstarb.

Herberger war längst hinübergegangen, aber die Braustadter lateinische Schule blieb in ungezwungenem Ruhme fort; noch immer ward sie von freudigen Jünglingen aufgeführt, deren späterer Glanz auf die unscheinbare Pfandschäfe einen hellen Schein zurückstrahlte. Zu diesen gehörte auch Christian Knorr von Rosenroth, der begabte, aber in den Banden der Mystik und der Kabbala besangene Dichter. Er war in Altenburg (Fürstenthum Wohlau) am 15. Juli 1636 geboren und als 14jähriger Knabe nach Braustadt gekommen, wo er durch drei Jahre die lateinische Schule besuchte. Bulegt nach einem abenteuerlichen Leben voller Reisen, Studien, Wandlungen, voll widersprechender Neigungen, die ihn von den klassischen zu den orientalischen Sprachen, von der Chemie zur Kabbala, von der Mystik zur Diplomatie trieben, starb er als Minister des Pfalzgrafen von Sulzbach am 4. Mai 1689. Auch in ihm hatte der von Herberger in die Braustadter Schule gepflanzte Geist der echt christlichen Frömmigkeit Leben gewonnen, sich aber mit seltsamen mystischen Sutthen verquält, die oft zu einer Jagd auf leere Phantasiegebilde führten, oft aber auch die innigsten weichsten Söhne hingebenden Gottvertrauen hervorzauberten. Wenn er die Nacht hindurch vergebens im geheimnisvoll stillen Laboratorium den „Stein der Weisen“ gefucht hatte, sang er wohl des Morgens:

Gieb, daß Deiner Liebe Glut
Uns kalten Werle tödte.

Bei entstandener Morgen-Röthe,
Doch wir, eh wir gar vergiebt,
Die Frech aufsteht.
Seltsame Konfesse, in denen sich das Leben damaliger Poeten so oft spiegelte. Einiger als Knorr's Beziehungen zu Braustadt (und somit auch zu Polen) sind die des Andreas Gryphius, des größten Dichters sei-

werde es an der Zeit sein, einem solchen Beginnen in geeigneter Weise entgegenzutreten. — Die „Wiener Itg.“ bringt heute die sanktionirten Gesetze über den Wirkungskreis der Militärgerichte, so wie über Steuerbefreiungen bei Durchführung der Grundentlastung in Böhmen, so wie bei der Ablösung der Propinationsrechte in Mähren und Schlesien.

Kračau. 28. Mai. Der „Ezaz“ meldet: Dieser Tage wird eine kaiserliche Verordnung publiziert werden, welche die polnische Sprache als interne Amtssprache sämtlicher Behörden Galiziens mit Berücksichtigung des ruthenischen Idioms einführt. Die Wirksamkeit der Verordnung beginnt mit 1. September. Eine gleiche Verordnung ist betreffs der Unterrichtssprache an der Lemberger und Kračauer Universität bevorstehend.

Wien. 30. Mai. (Tel.) Der Vizekönig von Egypten ist gestern Abend 9 Uhr hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe vom ersten Generaladjutanten des Kaisers, Grafen Wallerode, und anderen Notabilitäten begrüßt worden. Das „Tageblatt“ bezeichnet als den politischen Zweck der Reise des Vizekönigs von Egypten, die europäischen Mächte aufzufordern, den Suezkanal für alle Zeiten neutral zu erklären. — Die „Neue freie Presse“ meldet, daß die Kreditanstalt, Rothschild und der Bankverein Prioritätsobligationen im Betrage von 20 Millionen von der Südbahngesellschaft übernommen haben. Im Juli sollen hier von 8 Mill. zur öffentlichen Subskription gelangen.

— Man schreibt dem „Pesth. Lloyd“ aus Wien vom

27. Mai: Gestern hat sich hier ein Kaufgeschäft vollzogen, das in den weitesten Kreisen Aufsehen zu erregen geignet ist. Die „Presse“, ein Blatt, das bekanntlich vor 2 Jahren aus den Händen seines Eigentümers an mehrere Bankhäuser von diesen an die Regierung übergegangen war, ist gestern endlich nach wohl 2 Monate langen Verhandlungen — an ein Konsortium, es heißt an die Anglobank, verkauft worden. Das Blatt ist von nun an vollständig unabhängig von Regierungseinflüssen. Mit der Übergabe des Blattes an den neuen Eigentümer scheidet Warrens aus der Redaktion. Leiter des Blattes bleibt Herr Dräger.

Frankreich.

Paris. 27. Mai. Die Nachwahlen, welche am 6. und 7. Juni stattfinden, fangen bereits an, die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen. Offentliche Versammlungen sind noch nicht gestattet. Diejenigen, welche die geheime Meldung zum Abhalten solcher auf der Polizeipräfektur machen wollten, erhielten zur Antwort, daß man zum wenigsten bis nächsten Donnerstag (d. h. heute) warten müsse, da die Abstimmung erst ihre offizielle Weihe haben müsse. Heute Vormittag fand denn auch die feierliche Proklamierung der in der Hauptstadt erwählten Deputirten vom Balkon des Stadthauses durch den Seinepräfekten statt. — Das „Avenir National“ wie fast alle demokratischen und unabhängigen Blätter stellen für die Nachwahlen folgende Kandidaten auf: 2. Wahlbezirk Thiers, 5. Garneau Pagès, 6. Ferry, 7. Jules Favre. Der „Reveil“ bleibt bei seiner alten Liste, nämlich d'Alton Shee, Nasplai, Ferry und Rochefort. Der „Nappel“ tritt für die Kandidaten des „Avenir“ nur hält er im 7. Wahlbezirk Rochefort bei. Bei den Gewählten wird Glaïs-Bizoin wahrscheinlich in Paris als Kandidat auftreten. Es hat sich bereits ein Wahlkomitee zu diesem Zwecke gebildet. — Jules Favre wird seine Kandidatur im 7. Wahlbezirk aufrecht erhalten. Das Schreiben, in welchem er dies seinen Wählern ankündigt, lautet:

Die Stimmen, welche mir 12,000 Wähler Ihres Wahlbezirks gegeben, legen mir die Pflicht auf, meine Kandidatur aufrecht zu erhalten. Es ist an Ihnen zu beurtheilen, ob ich fortfahren soll, im gegebenen Körper einige Dienste zu leisten, indem ich die Sache der Freiheit vertheidige, der ich mein Leben geweiht. Wenn Sie meinen Mitbewerber für die Mission

würdiger halten, so ernennen Sie ihn. Ich werde mich, was auch kommen möge, vor Ihrem Votum bücken, da ich überzeugt bin, daß es von dem Gefühl des wahren Interesses für das Land eingegeben sein wird.

— Die „France“ schreibt:

In einer Verathung, welche in Gegenwart der Königin Isabella am vorigen Sonntag unter einigen ihrer früheren Minister und anderen wichtigen politischen Persönlichkeiten der vormaligen spanischen Regierung im Hotel Bafiletos gehalten wurde, hat Ihre Majestät in aller Form erklärt, daß sie entschlossen sei, nicht zu Gunsten des Prinzen von Asturien abzudauen. Bestimme Nachrichten erwähnen ans zu sagen, daß dieser Beschluss in Folge Deliberation gefaßt worden ist, welcher länger als eine Stunde gedauert hat.

— Das „Mémorial Diplomatique“ meldet, die französisch-belgische Kommission werde ihre Arbeiten in nächster Woche beginnen. Hr. de Lavalette, der gestern Abend zurückkehrte, werde ihre Sitzungen eröffnen.

Paris. 30. Mai. (Tel.) Die öffentlichen Wahlversammlungen für die Nachwahlen haben gestern begonnen. Dieselben haben nirgends zu einer Anordnung Anlaß gegeben. — „Publif“ sagt, daß über die Session des zugehörigen Körpers, welche behufs Verifikation der Wahlen stattfinden soll, noch keine Bestimmung getroffen ist. Der Ministerrath ist zweimal unter dem Vorsitz des Kaisers zusammengetreten, um den Gegenstand in Erwägung zu ziehen, doch wird die Entscheidung erst nach Beendigung der Nachwahlen erfolgen. — Die Nachrichten aus den Provinzen lauten befriedigend; die durch die Wahlen veranlaßten Ruhestörungen haben sich seit gestern nirgends wiederholt. — In Sevilla und Malaga sollen heftige Demonstrationen gegen die provisorische Regierung stattgefunden haben.

Spanien.

Madrid. 29. Mai. (Tel.) In der heutigen Kortes-sitzung erklärte der Finanzminister auf eine Interpellation, die Königin Isabella schulde dem Schatz 36 Millionen Realen.

Der Handelsminister erklärt, es seien unter der vorigen Regierung 745 Gemälde von großem Werthe verschwunden. Die Kammer beschloß hierauf eine Kommission zu ernennen, die beauftragt werden soll, alle Akte der früheren Minister, die ihrem Wesen nach die Finanzen und das Eigenthum des Staates berührt haben, zu untersuchen. Die Erklärung des Ministers hatte eine lebhafte Bewegung hervorgerufen.

Italien.

Florenz. 27. Mai. Die geführte Untersuchung hat ergeben, daß Negri der Urheber des gegen den Grafen Trenneville verübten Attentats ist, dessen Vater und Bruder seiner Zeit fühlten wurden, während er selbst in Gegenwart der Leichname Stockstreiche erhielt.

Rom. 29. Mai. (Tel.) Die Ratifikationen der zwischen dem Kirchenstaate und dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Postkonvention sind hente ausgewechselt worden. Der Vertrag wird in Rom und Berlin demnächst veröffentlicht werden.

Rußland und Polen.

König. 27. Mai. Ein Gutsbesitzer aus der Umgegend hatte sich über einen hiesigen Beamten wegen Überschreitung der Befugnis bei Ausführung eines dienstlichen Auftrages beschwert. Die Beschwerde ist nun dadurch erledigt, daß der Beamte in Folge der angestellten Untersuchung seines Amtes entlassen worden ist. Es ist dies seit Menschen Gedanken wohl der erste Fall, daß ein Privatmann einem Beamten gegenüber in so elautanter Weise Recht erhalten hat. Bisher war man nämlich daran gewöhnt, bei Beschwerden gegen Beamte meist ohne Bequem zu bleiben, oder die etwa eingeleitete Untersuchung gewöhnlich ohne Resultat zu sehen. Es scheint demnach, als ob die bisherige Infallibilität der Beamten aufgehört habe und diese

neue Zeit, des „schlesischen Shakespeare“. Auch er war 1632 als 16jähriger Sohn von seinem Stiefvater auf die Schule nach Frankfurt gebracht worden und hatte sich hier jenen immensen Spaß von Sprachkenntnissen (worunter auch Polnisch) angeeignet, die ihn später zum polyglottesten Mann seiner Zeit machten. Dazwischen hatte er raslos poetisch produziert. — Schade, daß sein in Frankfurt verfaßter Versuch „Der Kindesmörder Herodes“ verloren gegangen. Aber er war ein unsichter Gelehrte theils aus eigenem Gemüth, theils weil es sein Stern so mit sich brachte. Die Pest brach um jene Zeit wieder menschentrigend über Frankfurt herein, die Schule wurde geschlossen, und Gryphius eilte nach Danzig, um seine Studien fortzuführen.

Wie viel sind jetzt vergangen,
Wie viel liebreicher Wangen
Sind diesen Tag erbläßt,
Die nach der Rettung trachten
Und nicht einmal bedachten,
Das kurz ihr Recht verfaßt.

Aber Frankfurt zog ihn immer wieder in seine Kreise. Der dortige Jurist Schönborn ließ ihn als Lehrer seiner Kinder, und krönte ihn vermöge des ihm als kaiserlichen Pfalzgraf aufgestellten Rechtes zum Dichter. Seine schönsten Tage verlebte er hier, trotzdem ihn die Katholiken wütend antasteten und sogar sein Schiff „über das Feuer zu Freistadt“, welches höchstwahrscheinlich eine Spuld Katholischerseits enthielt, öffentlich auf dem Markte zu Frankfurt verbrannten. Doch als sein treuer Beschützer starb und ihm eine beträchtliche Geldsumme vermachte, ging er nach Holland, Frankfurt und Flüchtig, vom Schicksal unvergessen mitten durch Gefahren, Not und Bedrängnis, aber raslos poetisch schwärmend, zog er nun durch Holland, wo er an der Leydner Universität zahlreich besuchte Vorlesungen hielt, durch Frankreich, Italien, Deutschland, düstere Sonette dichtend voll Verzweiflung und finsterner Klage.

In meiner ersten Blüth, im Frühling zarter Tage
Hat mich der grimme Tod verwaiset und die Nacht
Der Traurigkeit umhüllt, mich hat die herbe Macht
Der Seuchen ausgezehr. Ich schmacht in steter Plage,
Ich heilte meine Seele in Seufzer, Roth und Klage,
Die Mittel, die ich oft für feste Pfeiler acht,
Die Mittel, die (leider!) all erxitzt und getracht:
Ich trage nun allein den Jammer, den ich trage.

In dieser Stimmung suchte er seine Heimat wieder auf, wo er 1647 eintraf. In Lissa gab er die drei Bücher seines „Olivetum“ (Lesnao 1648) heraus; doch in Frankfurt fesselte ihn die Liebe zu einer jungen Maid, der Tochter eines dortigen Kaufmanns, Rosina Deutschländer. Sein Muth wurde fester, und lichterwards ihm im Herzen von der göttlichen Albrechtwingerin, Liebe.

Lieb ist, der nichts gleich zu schämen,
Wenn man alles Gold der Welt
Gleich wollt auf die Wage setzen,
Lieb ist, die den Ausschlag hält.
Lieb ist, trost der Silberbauden
Nur durch Liebe zu erlaufen.

Und jubelnd führte er am 12. Januar 1649 sein Lieb zum Altar, und am 29. September 1649 gab sie ihm in Frankfurt einen Sohn, Christian, der, wenngleich vielfach überschägt, doch eine ehrenvolle Stelle auf dem deutschen Bühnen neben seinem Vater sich errang. Von Andreas weiteren Leistungen auf dem Gebiete der deutschen Poësie, von seinen prächtigen Lustspielen „Squenz“ und „Horribilitätsbrüder“, von seinen Tragödien,

im Dienst den Privaten gegenüber nicht mehr, wie es bis jetzt geschah, nach Willkür schalten und walten dürfen. — Die Brennsteuer soll einer abermaligen Reform unterworfen und nach dem neuen Steuergesetz, wie es in Russland thätig ist, normirt werden. Nationelle Brenner haben bei dieser Methode mehr Spielraum, durch Intelligenz und verständigen Betrieb auf rechtlichen Wege und ohne jede Verlegung der bestehenden Vorschriften ein größeres Plus in ihren Einnahmen zu erzielen, als es der Fall war, wo das Fabrikat und nicht die Rohprodukte bis auf ein gewisses Maximum versteuert wurden. Der Hauptvorteil für den Spiritusproduzenten besteht bei dem neuen System darin, daß er die Steuer nicht aus seiner Tasche vorzuschieben braucht, weil der Käufer bei Abnahme der Ware die Steuer ans Amt zahlt und dem Produzenten nur das, was das extrafabrikat mehr als die Steuer kostet, herausgibt und diesem für den über das Maximum hinaus erzielten Spiritus die Steuer zu Gute kommt.

Türkei und Donausfürstenhümer.

Konstantinopel. 30. Mai. (Tel.) Die „Turque“ veröffentlicht einen Artikel über die Kapitulationen. Derselbe erinnert daran, daß solche ursprünglich, als die Pforte im Zenithe ihrer Macht stand, ein freiwilliges Geschenk, keineswegs aber ein Zugeständnis von Schwäche gewesen seien. Die Kapitulationen seien seitdem missbraucht worden, sogar zum Protektorat der christlichen Staatsangehörigen im eigenen Staate. Die 1856 versprochene Revision sei nicht erfolgt; es sei nun Zeit, daß die Türkei, der Welt gegenüber, ihre Rechte als souveräner unabhängiger Staat behauptet und einen leichten Appell an die brüderlichen Nationen richtet wegen der Verzichtsleistung von Ausnahmerechten, welche dem Fortschritte ein Hinderniß sind. Im Ablehnungsfalle möge der Sultan die Aufhebung jener Ausnahmerechte aussprechen, damit das Land auf der vorgezeichneten Bahn selbst vorwärts schreite.

Belgrad. Der von Serben erhobenen Forderung gemäß hat sich die türkische Regierung entschlossen, die Besten Zornik und Sardar, die letzten Punkte, die sie auf serbischen Boden besetzt hielt, zu räumen. Die dort wohnenden Türken werden nach Bosnien übersiedeln. Damit ist Serbien von den letzten Spuren der langen türkischen Okkupation befreit.

Aus Kairo vom 14. Mai wird gemeldet, daß der Bombarde prozeß am vorhergehenden Tage beendet worden sei. Director Manasse und Mechaniker François wurden aus Egypten verwiesen; der Sekretär Carboni freigesprochen.

Griechenland.

Athen. 22. Mai. In Messeniien wurden aus Anlaß der Wahlen politische Morde verübt. In Lakonien droht die Familie Mavromichalis mit bewaffneter Hand. In Bokoten und Livadien ziehen Räuberbanden, die mit der Partei Bulgaris einverstanden sind, ungestört umher. Der König wird wahrscheinlich der Eröffnung des Suezkanals beizwohnen.

Amerika.

Nio de Janeiro. 8. Mai. Der Finanzminister wird nach Eröffnung der Kammern, welche den 11. d. erfolgt, einen Nachtragskredit von 15,860 Kontos Reis beantragen. — Graf d'Eu ist am 14. April in Assumption eingetroffen und hat den Oberbefehl übernommen; die militärischen Operationen haben noch nicht begonnen. — Ueber Lopez und den amerikanischen Gesandten sind keine neuen Nachrichten eingegangen.

— Das Pariser offizielle „Journal“ bringt folgende Nachrichten aus Chile:

Am 9. April hat die chilenische Regierung dem Kabinett von Lima offiziell

Jahrausende vergingen, kurze Tage
Vor Deinem Angesicht! dann kam mein Tag und Du
Gabst mir die Hölle, die ich trage
Um diesen Geist, vor Dir geheimet, zu!

Bon nun ab schläßt der deutsche Geist in Posen volle fünfzig Jahr. Wenig mehr ist von einer Betätigung dasselben zu vernehmen. Vielleicht von den Brettern herunter spricht er noch zuweilen zu den Deutschen in Posen, denn allerding scheinen die Schauspielertruppen von Schub, Kirchoff, Döbbelin ihren Theatersälen mitunter auch hierher gekommen zu haben, aber weder einen deutschen Dichter hat es in den nächsten fünfzig Jahren hervorgebracht, noch einem solchen zum Aufenthalt gedient. Von national-deutschem Bestrebungen ist keine Spur vorhanden.

Erst um das Jahr 1800 finden wir einen bekannten deutschen Apollojünger in der Stadt Posen. Es ist der von Humor, Wahnsinn und Dichteradel gleich gefangene Ernst Wilhelm Amadeus Hoffmann. Wer kennt ihn nicht, den dämonisch gepflegten Calot-Hoffmann, den Kapellmeister Johannes Kreisler? Wer hätte nicht sein „Kater Murr“ die lachendste Laune erregt, wer hat nicht über seine „Eigene des Teufels“ unheimliches Gruseln, über sein „Bräulein von Scudery“ bedingungslose Bewunderung empfunden? Er war nicht gern nach Posen gegangen, der kleine, unerträglich wütige Regierungs-Assessor Hoffmann. Er hatte Unglück gewittert, als er von seiner Verfolgung nach Posen vernahm. Und das Unglück traf ein. Allein, vereinsamt, ohne legitimen Anhalt für seine schrankenlose Phantasie lebte er in der überwiegend von Polen bewohnten Stadt. In nächtiger Stille strömte er wohl sein ganzes reiches Innere in die Täler des mitterhafth gehandhabten Klaviers aus, aber seine Sehnsucht nach Gleichgesinnten, nach Freunden blieb unbefriedigt. Da schaffte er sein Unmuth in treffenden Karikaturzeichnungen Lust, die er von seinen Vorgesetzten entwarf. Und als die strengen Herrn durch einen unglücklichen Auffall davon Kenntnis erhielten und ihn empfindlich ihren Ärger spürten ließen, suchte er in den Weinbäumen im schäumenden Champagner seinen Stoll zu erränken und verlor jener unstilligen Neigung zum Trunk, die ihm durch sein ganzes späteres Leben anhaftete, ihm jede Freude am Dasein vergabste und ihn dem Elend in die Arme trieb. Dabei ruhten seine Vorgesetzten nicht, bis sie ihm, da er eben sein junges Weib Michaeline — wenn wir nicht irren: eine Posnerin — zum Altar geführt, die Versegung nach Plock „einfischten“, wohin er 1802 übersiedelte. Seitdem

war er abwechselnd Regierungsrat, Kapellmeister bei herumziehenden Schauspielertruppen, Journalist und Kammergerichtsrath, in welcher letzter Stellung er 1822 in Berlin an der modernen Dichterfrankheit, dem Märasmus, starb. Auf Posen selbst hatte Hoffmann keine literarische Einwirkung zu gewinnen vermocht, dagegen hatte Posen in ihm jene überprudelnde „Kneiplaume“ großgezogen, durch die er später im Verein mit Ludwig Devrient dem Weltfeller von Luther und Wegener auf dem Gendarmermarkt in Berlin zu einer gewissen Berühmtheit verholfen hatte. (Schluß folgt.)

Die Karlsch, die Gastwirthstöchter des an der posenschen Grenze gelegenen Dorfes Hammer, folgte ihrem zweiten Manne, dem wandernden Schneider Karls, 1750 nach Frankfurt, wo sie eine Zeitlang lebte und durch Gelegenheitsdichterei ihrer Familie den Unterhalt erworb. Allerdings verdient dieses „Dorfkind“ nicht die große Stolz, die ihr ihre Zeitgenossen und besonders der leicht erregbare Enthusiast Gleim entgegenbrachten, und wenn ihr eine Sammlung ihrer Gedichte in Berlin, wohin sie ein Baron Kottnitz mitgenommen hatte, den Reinerttag von 2000 Schaltern einbrachte, so ist das für uns ein fast unvernünftiges Glück. Aber wenn sie, die in Frankfurt das drückendste Elend zu erdulden hatte, die in Armut und Familiendrangsal fast verkommen wäre, dem großen Friedrich, der ihr ein Douceur von zwei Thaler zuschickte, erwunden konnte

Zwei Thaler sind zu wenig,
Zwei Thaler gibt kein König,

so verdient dieser ungebrochene Stolz ihrer freien Dichterseele eine gefeierte Achtung, und man begreift den Hochzug ihres Herzens, das ihr die Worte eingedenkt:

angezeigt, daß sie dem am letzten 2. Januar von den Repräsentanten Peru, Boliviens und Chilis unterzeichneten Protokoll zum Zweck der Annahme der Vermittlung Amerikas im hispano-amerikanischen Konflikt ihre Zustimmung entheile. Mit dieser Entscheidung ist ein großer Schritt vornwärts zur Lösung der schwedenden Verwicklungen gethan. Die vier verbündeten Staaten beschäftigen sich bereits mit der Wahl ihrer Bevollmächtigten, welche nach Washington geschieht werden sollen, um daselbst den Frieden zu unterhandeln. Man darf daher nun mehr bald auf ein praktisches Resultat der amerikanischen Intervention rechnen.

Norddeutscher Reichstag.

48. Sitzung.

Berlin, 28. Mai. Eröffnung um 11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Delbrück, Scheele, Burghardt, Michaelis, v. Puttmann. Die Wahl des Abg. Ewald ist für gültig erklärt.

Der Reichstag genehmigt durch Schlusstimmung die Gewerbeordnung, gegen deren korrekte Zusammenstellung Präsident Delbrück nichts zu erinnern hat; doch macht er darauf aufmerksam, daß unter den Strafbestimmungen der Gewerbebetrieb im Umberziehen ohne Legitimation der Ortsbehörde (§ 59) übergangen worden ist. Diese Lücke wird sich jedoch durch lokale Polizeiordnungen einstweilen ausfüllen lassen. Die Annahme der Gewerbeordnung, wie sie aus der dritten Lesung hervorgegangen ist, erfolgt fast einstimmig; nur die Sozialdemokraten stimmen dagegen; außerdem Graf Bassewitz und v. Grävenitz (Grischberg).

Die Petitionen, die in großer Anzahl zur Gewerbeordnung vorliegen, werden demnächst erledigt. Eine gewisse Gruppe derselben veranlaßt den Abg. Dr. Hirsch zu dem Antrage, den Bundeskanzler aufzufordern, derselbe möge bis zur nächsten Sesssion eine amtliche Untersuchung über den Einfluß der Buchthausarbeit auf die Lage der freien Arbeiter im Norddeutschen Bunde anordnen. Es handelt sich um die Arbeit von 24,000 Gefangenen in Preußen, die im Jahre 1869 567,000 Thaler Arbeitslohn erhalten haben, und zwar einen so geringen Lohn, daß sie den übrigen Arbeitern eine empfindliche Konkurrenz machen. Die reichen Unternehmer, welche die Buchthausarbeit zu billigen Preisen pachten, erdrücken dadurch die kleinen Fabrikanten. In Ratisbon erhalten die Gefangenen für Schlossarbeitszeit 3 bis 5 Sgr., während dort der Lohn für freie Schlosserjegellen 15 Sgr. beträgt. An sich ist es loblich, daß die Gefangenen arbeiten, aber es ist zugleich nicht unbedenklich, sie an eine Tätigkeit zu gewöhnen, die sie nach Ablauf ihrer Haft nicht fortsetzen können. Dr. Hirsch will keinen bestimmten Antrag stellen, da die Frage noch nicht sprachreif ist, sondern begnügt sich mit der vorgeschlagenen Resolution statt des von der Kommission beantragten Ueberganges zur Tagesordnung.

Die Abg. Graf Schwerin, Friesche und v. Blankenburg stimmen ihm bei, während Dr. Braun die Frage von der Gewerbeordnung trennen und sie den Einzelregierungen als einen Theil der Gefängnisreform überweisen will. Abg. v. Horbeck hält die Organe des Bundes für die einzige wirtschaftliche, um Beschwerden abzutun, die im preußischen Landtag ohne jeden Erfolg wiederholt vorgebracht sind. Gegen die Beweisaufnahme, die Dr. Hirsch wünscht, hat freilich auch Dr. Braun nichts zu erinnern und ist weit entfernt, die Kompetenz des Bundes für eine solche zu begehrn; doch zweifelt er, ob nach erfolgter Beweisaufnahme die Sache anders stehen wird als heute.

Die Resolution wird einstimmig genehmigt, der Rest der Petitionen durch T. O. erledigt, sodann die Uebereinkunft mit der Schweiz, betr. den Schutz für literarische Erzeugnisse und Kunstwerke in 3. Lesung genehmigt.

Vor dem Eintritt in die Diskussion über die Brannweinstuer referiert Abg. v. Hennig über die bezüglichen Petitionen mit der Kürze, welche die „afrikanische Hölle“ im Hause gebietserisch verlangt. Die Zahl dieser Petitionen ist nach Hunderten zu berechnen. Einige werden zur Bestützung empfohlen, über andere soll zur Tagesordnung gegangen werden. Das Haus wird sich später darüber entscheiden und tritt in die Spezialdiskussion über das Gesetz die Besteuerung des Brannweins betreffend ein.

S. der Vorlage lautet: Die Steuer für die Bereitung von Brannwein (Spiritus) wird erhoben entweder a. nach dem Raum-Zuhalte der zur Einmachung oder Gährung der Maisch benutzten Gefäße (Maischbottigsteuer), oder b. nach der Menge der zur Bereitung des Brannweins benötigten Materialien (Materialsteuer), oder c. nach Verhältnis der Brannwein-Ansicht (Fabrikatsteuer).

Abg. Sombart beantragt die Position c. zu streichen und motiviert keinen Widerspruch gegen die Fabrikatsteuer. Unsere Brannweinfertigung datirt aus einer Zeit, in der der Brannwein nur aus Korn bereitet wurde. Seitdem ist die Kartoffel das vornehmlichste Material dafür geworden, und zwar ist das Verhältnis folgendes: 1 Morgen erzeugt 10^{1/2} Scheffel Korn, aber 70 Scheffel Kartoffeln, aus dem Scheffel Korn werden 10 Quart, aus dem Scheffel Kartoffeln 5 Quart Spiritus von gleichem Alkoholgehalt fabriziert. Aber der Alkoholgehalt allein entscheidet nicht über den Wert des Produktes, weil Kartoffelbrannwein + Zusatz kein direktes Genugmittel ist, während Kornbrannwein + Zusatz ein solches ist, daher der letztere um 2 Thlr. teurer ist. Das Verhältnis ist analog dem zwischen indischen und Rübenzucker + Syrup. Den kleinen Brennern bleibt nichts übrig, als die Absoziation. Die 87 kleinen Brenner, die der Abg. Knapp in seinem Wahlkreis in Nassau gezählt hat, können doch unmöglich für 20,000 Thlr. Kontrollapparate zur Fabrikatsteuer anschaffen (der Glaserische Apparat kostet pro Stück 240 Thlr.), ihnen bleibt nichts übrig, als sich zusammenzutun. Die Brennerei hat eine so tiefe, selbst von den großen Brennern in ihren Geheimnissen nicht erkannte Wissenschaft, daß die kleinen gar nicht existieren können, denn eine rationelle Anwendung dieser Wissenschaft ist nur im großen Betriebe möglich. In den Ländern, welche die Fabrikatsteuer haben, wird viel roher und später mit dem Material umgegangen, wie bei uns, wo die Raumsteuer gilt. Die letztere ist der schärfere Sporn für die Entwicklung des Gewerbes. Die Annahme der Fabrikatsteuer würde keine andere Folgen haben, als daß die Rübe die Kartoffel verdrängt, wie die Kartoffel das Korn verdrängt hat. Redner, der bekanntlich einer der größten Rübenzuckerfabrikanten im Zollverein ist, führt diesen Satz unter gespanntester Aufmerksamkeit des Hauses, dessen rechte Seite von dem gelehnten und lebendigen Vortrage sichtbar gesetzt ist, aus und glaubt sich als Sachkenner berufen, diesen Beweis vor dem Reichstage zu führen. Bei der Brannweinfertigung aus Rüben würde dies Gewerbe seinen Profit von 5 Millionen jährlich durch Nebenprodukte machen.

Abg. v. Hennepli: Die Frage um die es sich handelt ist die, soll die Steuer erhöht werden oder soll es beim Alten bleiben. Ich selbst bin Besitzer von 3 Brennereien und Sie werden mir deshalb das Recht um Beurtheilung um so weniger absprechen können, als ich als langjähriges Parlamentsmitglied die Frage bereits mehr als einmal midiskutirt habe. Im Jahre 1854 verlangte der Finanzminister von uns eine Erhöhung der Steuer um 25 Prozent, und es wurden damals dieselben Gründe für uns wieder geltend gemacht, die man heute hört. Von der einen Seite sagte man den Brennern, die Steuer trifft ja nicht Euch, sondern die Konsumenten, auf die Ihr die selbe abzuwälzen tönnt, andererseits hieß es, die Brennerei ist die abfuslative Steuer, bei einer Erhöhung werden die Brennereien zu Grunde gehen, und dadurch die Steuer zu einer weniger einträglichen machen als sie jetzt ist. Trotzdem wurde die Steuererhöhung bewilligt und die schlimmen Prophesien haben sich nicht bewahrheitet. Es ist dies auch sehr begreiflich, denn die Erfahrung der Brennerei hängt viel weniger von der Steuer als von billigem Brennmaterial und für den Kartoffelbau besonders geeignetem Boden ab. Ich selbst hatte im Jahre 1854 nur zwei, jetzt habe ich drei Brennereien und Sie werden mir zutrauen, daß ich dieselben nicht betreibe, um mir selbst Schaden zu thun oder daß ich den Patriotismus so weit treibe, die Staatskasse aus Kosten meiner eigenen zu bereichern. (Heiterkeit.)

Präf. Simson macht den Redner darauf aufmerksam, daß jetzt die Frage, ob Maischraum- oder Fabrikatsteuer, nicht aber die Erhöhung der Steuer diskutirt werde.

Abg. v. Hennepli: In dieser Beziehung trifft, wie ich glaube, die Vorlage gerade das Richtige. Wer Lust hat, die Fabrikatsteuer zu probiren, der mag es thun, aber wer klug ist, läßt es wahrscheinlich bald wieder sein. Die Kontrolle ist bei der Maischraumsteuer bedeutend leichter als bei der Fabrikatsteuer. Das Ablesen von komplizierten Instrumenten ist sehr bedenklich und wird ohne die größte Sorgfalt immer zu falschen Resultaten führen.

Abg. v. Sänger: Ich verhalte mich nicht so ablehnend zu der Vorlage wie der Abg. Sombart, obwohl ich seine Ansichten im Allgemeinen theile. Ich werde für die fabrikative Fabrikatsteuer stimmen, weil ich will, daß die Frage endlich zum Abschluß gebracht werde, und weil nur vielfache Erfahrungen mit den Meßapparaten eine endgültige Entscheidung herbeizuführen im Stande sind. Um solche Versuche zu machen, empfiehlt es sich aber nicht,

die Steuer obligatorisch zu machen, ganz abgesehen davon, daß es gar nicht möglich wäre, sofort die erforderlichen 6 bis 7000 Meßapparate herzustellen. Denn selbst wenn die Herren Siemens und Halske auf das ihnen ertheilte Patent verzichten wollten, würde die Regierung doch nur die von ihnen angefertigten Apparate einführen lassen, weil sie allein zu ihnen das Vertrauen einer durchaus zuverlässigen Herstellung hat. Die Ansicht, daß eine facultative Fabrikatsteuer auf die Dauer zu einer obligatorischen werden muß, scheint mir ungemein richtig; es werden nur diejenigen sich der Fabrikatsteuer zuwenden, die dadurch einen Vorteil haben, es muß also ein Ausfall in der Einnahme entstehen, der zur Erhöhung der Maischraumsteuer führt und durch immer mehr Brenner zur Annahme der Fabrikatsteuer veranlaßt. Die Folgen, die der Abg. Sombart als unvermeidlich betrachtet, sind nicht mit voller Sicherheit vorauszusehen, und ich halte die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß auf Grund der gemachten Erfahrungen die Kartoffel auch mit der Rübe wird konkurrieren können; über alle die Fragen werden erst Experimente entscheiden, und deshalb bitte ich Sie, für die Vorlage zu stimmen. Augenblicklich halte ich allerdings die vorhandenen Kontrollapparate wegen ihres subtilen Mechanismus nicht für geeignet; sie werden nothwendig einer schnellen Abnutzung unterliegen und deshalb die Regierungen zu einer Häufung der Kontrollen treiben, unter der das Gewerbe erliegt. Diese Erfahrungen hat man in Österreich gemacht, wo man die Fabrikatsteuer im Jahre 1862 mit einem ebenfalls von Siemens und Halske angefertigten Apparate einführte, aber nach kurzer Zeit auf Grund der gemachten Erfahrungen wieder aufgab. Die Frage über die Fabrikatsteuer wird also erst entschieden werden können, wenn Meßinstrumente ohne Mechanismus vorhanden sind; dann mögen alle diejenigen, die für eine Abhöhung des Brennereibetriebs von der Landwirtschaft sind — denn diese Folge hat die Fabrikatsteuer — für die obligatorische Einführung derselben stimmen.

B.-R. Scheele: Als Österreich den Versuch mit der Einführung der Fabrikatsteuer machte, wurden zur Beobachtung der Resultate Beamte hinzugeschickt und ebenso bei der Aufhebung der Steuer, um nach den mägebenden Gründen zu forschen. Im vorigen Jahre wurde dann zur Erörterung der Frage eine Kommission niedergefest, deren Resultat Ihnen im Berichte vorliegt. Die preußische Regierung ist nur mit einem Widerstreben an die Fabrikatsteuer herangetreten, welches nicht nur in der technischen Steuerverwaltung, sondern vorzugsweise in der Sorge für die zahlreichen Kartoffelbrennereien der östlichen Provinzen wurzelt, mit denen man nicht ohne Noth experimentieren wollte. Wenn Sie sich trotzdem zu dem in der Vorlage ausgesprochenen Entschluß hat bewegen lassen, so dürfen Sie überzeugt sein, daß es nur nach gründlicher Erwägung aller Verhältnisse geschieht. Daß die Fabrikatsteuer in der Theorie richtiger ist, als die Maischraumsteuerung, wird Niemand bestreiten können, denn es ist klar, daß in einem je früheren Stadium der Produktion die Besteuerung im Brannwein trifft, sein wahrer Wert um so ungenauer getroffen wird. Aber auch viele praktische Gründe sprechen für die Vorzugsstellung der Fabrikatsteuer. Daß die Preishöfensfabrikation durch den bisherigen Steuermodus sehr gefürchtet ist, indem dabei die Maische nur 4^{1/2} p.C. Alkohol vom Quart Ausbeute gewährt, ist bekannt und wird ebenfalls durch den sichtbaren Rückgang seit dem Jahre 1865 bewiesen. In Bezug auf den wirtschaftlichen Erfolg der Maischsteuer ist anzuerkennen, daß dieselbe die Auswahl unter dem Rohmaterial beschränkt und mancherlei Stoffe, welche benutzt werden könnten, ausschließt, weil die Alkoholausbeute im Verhältnis zur Steuer zu gering ist. Die Maischsteuer schadet aber auch dem Nationalwohlstand durch die Materialverschwendungen, welche bei der sogenannten Dicmaisching unvermeidlich ist. In mehreren Brennereien in der Nähe von Berlin sind Versuche angestellt worden, welche ergeben, daß bei der üblichen Einmaisching von einem Scheffel 507 p.C. gewonnen wurden, während die Dreivierteleinmaisching 614 p.C. Alkohol für den Scheffel an Ausbeute gewährt; es handelt sich also um eine Materialverschwendungsform, die im Königreich Preußen den Wert einer Million Thaler weit übersteigt. Hierach muß man zu dem Resultat kommen, daß der Fabrikatsteuer jedenfalls der Vorzug gebührt, wenn es möglich ist, die Ausbeute durch einen Apparat festzustellen, der als Automat Menge und Stärke des Alkohols gleichzeitig misst. Ich bemerkte hierbei gleichzeitig, daß die von dem Vorredner erwähnten in Österreich angewandten Apparate der von Siemens und Halske angefertigt waren, noch mit den in der Vorlage genannten Kontrollinstrumenten verwechselt werden dürfen. Die österreichischen Apparate messen nur die Menge des produzierten Alkohols, während die Stärke derselben von den Steuerbeamten mit besonderen Alkoholmetern festgestellt werden muß. Wenn die den Bundesregierungen vorgelegten Apparate nicht mehr geleistet hätten, würde die preußische Regierung auf den Versuch einer facultativen Fabrikatsteuer nie eingegangen sein. Die Versuche, die man mit denselben in verschiedenen Brennereien angestellt hat, haben — so weit die mangelhaften Hilfsmittel der Steuerverwaltung eine Beurteilung zulassen — durchaus günstige Resultate ergeben. Wer schwimmen lernen will, muß ins Wasser gehen, so lange er es aber nicht kann, darf er auch die Leine nicht aus der Hand lassen. In diesem Sinne ist die Regierung mit dem Vorschlag vor Sie getreten, da Sie überzeugt ist, daß die Frage nach dieser oder jener Seite zum Austrage gebracht werden muss. Ein festes Urtheil über die Fabrikatsteuer wird erst nach längeren Erfahrungen gefällt werden können, der Vorteil aber tritt schon jetzt offen zu Tage, daß der Brenner seinen Betriebsplan täglich beliebig abändern kann, eine Freiheit, die von jeher einer der lebhaftesten Wünsche aller Interessenten gewesen ist.

Abg. v. Hennig widerspricht den Ausführungen Sombarts, der über die Hefefabrikation allzuleicht weggegangen ist. Die Vorlage habe den großen Wert, endlich einmal eine einheitliche Gesetzgebung und zwar in staatsmännischer Sinne zu schaffen. Die Maischsteuer sei wohl ihrer Zeit ein Fortschritt gegen eine ganz unerträgliche Besteuerungsform gewesen, aber darum noch nicht schlecht als ein Segen zu rühmen. Das Beispiel Englands spreche nicht gegen die Fabrikatsteuer. Die wenigen großen Brennereien Englands seien als eine Art mittelalterlicher Burgen zu betrachten, umgeben von hohen Mauern, die sich nur für ein Heer von Beamten öffnen. Der neu erfundene Apparat verdiente die Ausstellungen nicht, die gegen ihn gemacht worden seien. Mr. Sombart habe zwar als großer Rübenbauer mit großer Unreinigkeitsgefahr gegen die Fabrikatsteuer plädiert, aber dabei die Brannweinfertigung aus Rüben als erfahrungsmäßig festgestellt zu Grunde gelegt, während solche Erfahrungen gar noch nicht gemacht seien. Im Gegenteil sei ein Verlust von einem Viertel des Brannweins zu erwarten, abgesehen davon, daß die Schlempe aus Rüben viel weniger brauchbar und wertvoll sei, als die von Kartoffeln. Die Maischsteuer sei der Ursache des wissenschaftlichen Gewerbebetriebes geruhigt worden, während sie im Gesamtinteresse die Verwüstung des Materials fördere, den Sinn der Fabrikationen für die Tendenz schärfe, das Minimum der Steuer für einen gewissen Maischraum zu zahlen, und ihm die freie Verfügung über das Material räume, wenn er nicht der Steuerbehörde verfallen will. Die Fabrikatsteuer gebe ihm diese Freiheit; sie werde bewirken, daß die Hefefabrikation ein allgemeines landwirtschaftliches Gewerbe werde und dem von Nothständen heimgesuchten Landestheilen den größten Vorteil bringe. Gegen die vom Minister Larisch in Österreich eingeführten Fabrikatsteuer sei dort großer Lärm erhoben worden, weil man dort das Geleb seines reaktionären Urhebers gegen haftet; aber es habe für Österreich die Bedeutung gehabt, daß es die Brennerei als ein landwirtschaftliches Gewerbe erst geschaffen habe. Der neue Apparat koste nicht 240, sondern nur 180 Thlr., und wenn die kleinen Brenner dem Maße Sombarts folgen und sich anpassen, so könnten sie ihn sehr wohl anschaffen. Bei der Maischsteuer gingen sie ebenfalls zu Grunde, weil sie kein Recht auf Existenz haben. Unser großer Spritzenport sei gegenüber der Konkurrenz Russlands und Nordamerikas nur zu erhalten, wenn unsere Fabrikation in kräftiger Entwicklung vorschreite. (Beifall.)

B.-R. Scheele theilt die ihm soeben zugegangenen Resultate, betreffend den neuen Kontrollapparat mit, die in einer Brennerei der Provinz Sachsen gewonnen sind. Sie beweisen, daß der Apparat für Steuerzwecke besser arbeitet, als die Maischsteuer es bisher gethan hat. Kleine Ungenauigkeiten scheinen durch eine Verstopfung des Rohrs entstanden zu sein.

§ 1 wird fast einstimmig angenommen, der Antrag Sombarts abgelehnt.

§ 2 Absatz 1 lautet: Die Maischbottigsteuer wird nur bei der Bereitung des Brannweins aus ganz oder theilweise mehligen Stoffen, aus Melasse, Rüben oder Rübenzucker und zwar mit vier Silbergroschen, für jede 20 preußische Quart des Rauminhaltes der Maischbottigsteuer und für jede Einmaisching erhoben.

Abg. Graf Bethsy-Huc will dem Bunde und seinem Kanzler die Mittel gern gewähren, die Weide für ihren Zweck brauchen, ohne sich durch die wachsende Verstümmung stören zu lassen, welche eintreten muß, wenn man vom Herbst bis zu den Hundertagen dasselbe Vieh hört, das Steine

erweichen und Menschen rasend machen kann. Der Deutsche entbehrt gern und leicht, der Abgeordnete aller muß das entbehren, was am schwersten zu entbehren ist, die Familie. Was die vorliegende Steuererhöhung betrifft, so trifft sie das Verdikt des Grafen Bismarck, der solche Steuern verdammt, welche das Kapital an sich, das Kapital der Zukunft schädigen. Daß diese Steuererhöhung vom Grundbesitz auf die Konsumenten abwälzt würde, ist nicht anzunehmen und wird in den Motiven lediglich durch das Allegat der Bäcker und Fleischer bewiesen. Der Preis reguliert sich vielmehr lediglich durch den Umfang des Exports, und das Gewerbe wird nach Erhöhung der Steuer zu einem vollständigen Hazardspiel, in welchen Charakter die Landwirtschaft ohnehin schon durch die Hypothekengesetzgebung hindergedrängt wird. Am Tage der Steuererhöhung, sagt der Redner, würde er seine Brennerei vergrößern, weil so viel kleinere Brennereien, wie er seine Brennerei die Landwirtschaft eingeheben müßten, daß die Kartoffeln sehr billig und die Produktion sehr viel geringer sein würde. Er setzt dabei voraus, daß seine eigene Brennerei die Mafregel übersteht würde. Wenn es dem Bunde gelingt, die kleinen Brennereien zu vernichten und dem Grundbesitz Verlust von Millionen beizubringen, so werden sich zwar die Großen an den Leidenden der Kleinen mästen, aber der Staat selbst wird sich keine Mehrerlöse verschaffen. Nutzen würde er nur haben, wenn das Land keinen Schaden erleidet; es muß ihn aber erleiden. Er liege sich über die Sache reden, wenn die Steuererhöhung in anderer Form auftrate, nämlich als Konsumsteuer, Schank- oder Getränkesteuer. Sowar würde sie auch in dieser Gestalt schließlich auf die Fabrikation zurückwirken, aber ohne sie zu vernichten. Einen solchen Kompromiß zu Stande zu bringen, sei Sache der Bundesregierungen. Er, der Redner, bietet seine Hand dazu, die kleine Steine, sondern Brod reichen will; aber ehe er eine schlechte dauernde Steuer annimmt, will er für die Dauer des finanziellen Provisoriums lieber Bushläge zu den direkten Steuern oder eine Anleihe bewilligen. Die Erhöhung der Brannweinsteuer lehnt er kategorisch ab.

Abg. Graf Schulenberg (Beesendorf): Der § 2 ist der erste Ring in der langen Reihe von Steuervorlagen, die uns gebracht sind. Ich kann entgegen den eben vorgebrachten Ansichten diese Steuer doch nicht geradezu für unannehmbar halten; denn es ist eine politische Notwendigkeit dafür zu stimmen. Viele Brennereien werden eingehen, aber trotzdem wird kein Ausfall an der Steuer eintreten. Es ist allerdings eine harte Notwendigkeit, in die uns die Herren Räte vom Kabinett versetzt haben, über diese Steuer zuerst abstimmen zu müssen; ich nehme meiner Gewohnheit gemäß das Beste von den Herren an, daß sie nämlich nur in Folge der Gewohnheit, den Brannwein zu besteuern, diese Steuervorlage so rasch ausgearbeitet haben. Aber diese Notwendigkeit kann mild doch nicht abhalten, dafür zu stimmen. Gerade meine Interessen und die meines Wahlkreises werden dadurch sehr schwer getroffen, aber um so mehr werde ich dafür stimmen; denn ich hoffe, daß der Schaden, der dadurch auch der Landwirtschaft gehebt wird, durch erhöhte Thätigkeit derselben ausgeglichen werden und daß sie als treueste Steuerin dem Staat helfen wird. Ich stimme deswegen vielleicht gegen die Wünsche meiner Wähler, aber in politischen Fragen habe ich mich nach meinem Gewissen zu entscheiden. Lieber aber will ich einige Jahre geringere Erträge auf meinem märkischen Sande mit der schwerwachsenden Kiefer erzielen, als mir den Vorwurf machen, pro domo gestimmt zu haben.

Gr. Solms (Laubach) erklärt sich im Interesse des Bestrebens der Brennerei seines hessischen Wahlkreises gegen die Vorlage.

Abg. Grumbrecht: Wenn die Notwendigkeit einer Erhöhung des Bundeseinkommens nachgewiesen ist, so muß man prüfen, ob die Erhöhung der Brannweinsteuer das schlimmste Ubel wäre. Da das nicht zu beweisen ist, kann man aus diesem Grunde nicht dagegen sein. Trotzdem werde auch ich jetzt noch nicht mich dafür entscheiden, ohne meiner Abstimmung bei dritter Lesung vorsorglich abzustimmen zu wollen, wenn sich die Verhältnisse noch anders gestalten sollten. Der Grund dafür ist, daß mit diesem Gesetz eine ganz neue Art der Steuer, eine Brannweinsteuer eingeführt werden soll; deswegen will ich erst die Resultate abwarten, ehe ich eine feste Steuer bewillige. In Hannover hatten wir vor Jahren ganz dieselben Debatten, die Steuer ist dann erhöht und die Brennereien wurden doch nicht ruinirt. Wenn die kleinen Brennereien eingehen, so liegt das nur am Suge der Zeit, der auf den Großbetrieb gerichtet ist. Es läßt sich nun aber auch historisch nachweisen, daß die jetzige Steuer geringer ist, als sie schon vor 50 Jahren sein sollte. Bedenken Sie außerdem die Steigerung des Verkehrs von heut gegen die Zeit vor 14 Jahren, so werden Sie zugeben, daß die Steigerung heut noch leichter ertragen werden wird als früher. Viel gefährlicher, als diese, wird die ungeheure Konkurrenz Ungarns und anderer Länder für unsere östlichen Provinzen werden. Die schlechteste Steuer ist diese also nicht, sondern das kleinste Ubel, da sie den Genuss besteuert. Trotzdem aber werde ich aus den angegebenen Gründen jetzt noch nicht dafür stimmen.

Abg. Stumm versichert, daß er sich in seinem Wahlkreise nicht populär macht, wenn er der Steuererhöhung auf Brannwein widerspricht; denn dort sieht man ungefähr lieber als jeden Bushag zu den direkten Steuern. Aber er sieht sich außer Stande einer Steuer

hebung der Grundsteuer hat der Finanzminister den alljährlich zu erhebenden Beschlag zu der von den pflichtigen Eigenschaften zu entrichtenden Grundsteuer behufs Deckung der durch deren Untertheilung in den sechs östlichen Provinzen des Staates (Preußen, Pommern, Brandenburg, Sachsen, Polen und Schlesien) entstandenen, beziehungsweise noch entstehenden Kosten festzulegen. Diese Festlegung ist jetzt erfolgt und der Beschlag ist für 1870 derselbe wie für 1868 und 1869, meist 12 Pfennige für jeden Thaler Grundsteuer, geblieben.

— Herr Staudy wird dem Vernehmen nach am 1. Juni d. J. seine amtliche Thätigkeit als Polizeidirektor von Posen übernehmen.

Er. Grätz, 30. Mai. Gestern starb nach kurzem Krankenlager die Frau des hiesigen Kreisgerichtsdirektors Hrn. Witte in Abwesenheit ihres Gemahls, der als Vorsitzender der morgen in Posen beginnenden Schwurgerichtsstellung sich dorthin begeben hatte, auf die Nachricht von dem Tode seiner Frau aber hierher zurückgekehrt ist.

Aus dem Gerichtssaal.

zu Posen, 29. Mai. Die fünfte diesj. Schwurgerichtsperiode beginnt am 31. Mai c. unter dem Vorst. des Kreisgerichtsdirektors Witte aus Grätz.* Zur Verhandlung kommen folgende Sachen:

Am 31. Mai c.: 1) eine Anklage gegen den Tagelöhner Michael Pomerens wegen schweren Diebstahls; 2) eine Anklage gegen den Tagearbeiter Alois Heinrich wegen derselben Verbrechens und endlich 3) eine Anklage gegen den Brennknecht Stanislaus Kubat, den Pferdehund Thomas Regent und den Bäckergesellen Rudolph Schubert wegen schweren Diebstahls resp. schwerer Hohler.

* In Folge des Ablebens seiner Gemahlin (vergl. unter Grätz) ist der hr. Kreisgerichtsdirektor wieder nach Grätz zurückgekehrt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Bekanntmachung.

Bei der auf Grund des Allerhöchsten Privilegiums vom 19. Juni 1857 am 26. September 1868 vorschriftsmäßig erfolgten Auslösung von Bomster Kreis-Obligationen der im Jahre 1869 planmäßig zu amortisierenden 5 prozentigen Posener Provinzial-Obligationen sind nachstehende Nummern gegeben worden:

Von Serie I.

Buchstabe A. a 1000 Thlr. Nr. 41.
B. a 500 Thlr. Nr. 122. 128.
C. a 100 Thlr. Nr. 134. 178. 180.
202. 209.

Buchstabe D. a 50 Thlr. Nr. 244. 263. 265.

275. 305. 310. 326. 328.

Buchstabe E. a 25 Thlr. Nr. 356. 365. 366.

380. 425. 440. 441. 465. 512. 518.

Von Serie II.

Buchstabe B. a 500 Thlr. Nr. 37.
C. a 100 Thlr. Nr. 55. 58. 102.
D. a 50 Thlr. Nr. 121. 125. 135.

154.

E. a 25 Thlr. Nr. 163. 170. 175.

185.

Von Serie III. (Obligationen für den Bau der Märkisch-Posener Bahn.)

Buchstabe A. a 1000 Thlr. Nr. 9.

B. a 500 Thlr. Nr. 44.

C. a 100 Thlr. Nr. 57. 65. 68.

73. 77. 101.

D. a 50 Thlr. Nr. 120. 126. 139.

151. 152. 156.

E. a 25 Thlr. Nr. 159. 164. 167.

169. 178. 194.

Diese Obligationen werden den Inhabern hierdurch zum 1. Juli d. J. mit der Aufforderung gefündigt, den Kapitalbetrag der Rücksicht der Obligationen und der dazu gehörigen Sanktions der späteren Fälligkeitstermine von dem genannten Tage ab bei der Kreiskommunalkasse hier selbst in Empfang zu nehmen.

Auch werden die Inhaber der bereits früher aufgerufenen, bis jetzt jedoch immer noch nicht präsentierten Obligationen

Serie II. aus der Verloosung pro 1866

Buchstabe C. Nr. 73. und 108. a 100 Thlr.

aus der Verloosung pro 1867

Buchstabe C. Nr. 103. a 100 Thlr.

D. Nr. 118. a 50 Thlr.

E. Nr. 167. a 25 Thlr.

Serie III. (Obligationen für den Bau der Märkisch-Posener Eisenbahn) aus der Verloosung pro 1866

Buchstabe D. Nr. 127. a 50 Thlr.

aus der Verloosung pro 1867

Buchstabe C. Nr. 63. und 75. a 100 Thlr.

E. Nr. 179. a 25 Thlr.

an deren Einlösung wiederholt erinnert.

Wollstein, den 19. März 1869.

Königliches Kreisgericht.

II. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Das zu Kempen, Schildberger Kreises, sub Nr. 275 belegene, der Handelsgesellschaft Fischer & Weinberg zu Kempen gehörige Wasser- und Dampfmühlengrundstück mit einem Flächeninhalt von 18 Morgen 14 Qu.

Ruhen veranlagt zur Grund- und Gebäude-

steuer inkl. einem Reinertrag und respektive Nutzungswerte von 1179 Thlr. soll

am 1. Juni c. eine Anklage gegen die Wirtschaftsbeamten Wiktor Mierzejewski und Stanislaus Turkiewicz wegen Urkundenfälschung.

Am 3. Juni c.: 1) eine Anklage gegen den Tagelöhner Kazimir Katalajczak und die Häuslerfrau Julianne Baranczak wegen schweren Diebstahls resp. Hohleret; 2) eine Anklage gegen die Tagelöhner Franz und Karoline Gierach, die Dienstmagd Katharina Verdagh, die verheirathete Marianna Blażejczak und die Dienstmagd Elisabeth Wenzler wegen schweren Diebstahls resp. Hohleret.

Am 4. Juni c.: 1) eine Anklage gegen die unverheirathete Josephine Matecka wegen schweren Diebstahls; 2) eine Anklage gegen den Dienstmagd Heinrich Jesse wegen vorläufiger Körperverletzung eines Menschen, welcher den Tod zur Folge gehabt hat.

Am 5. Juni c.: 1) eine Anklage gegen den Tagelöhner Vincent Nowicki wegen schweren Diebstahls; 2) eine Anklage gegen den Tagelöhner Stanislaus Krupski, den Tischlergesellen Joseph Raczkiewicz, den Schornsteinfegergesellen Joseph Niewiecki, die Witwe Veronika Brehler, Nepomucena Stroinska, die verheirathete Anna Karoline Queckbrenner wegen schweren Diebstahls resp. einfacher Hohleret.

Am 6. Juni c.: eine Anklage gegen die Einwohner Franz Kolodziej, Wawrzyn Kardas, Bartholomäus Korbas wegen schweren Diebstahls resp. schwerer Hohleret.

Am 7. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Franz Kolodziej, Wawrzyn Kardas, Bartholomäus Korbas wegen schweren Diebstahls resp. schwerer Hohleret.

Am 8. Juni c.: eine Anklage gegen die Tagelöhner Valentin und Julianne Dropińska Cheleute, den Valentin Niedbański und die Josephine und Katharina Michalski Cheleute wegen schweren Diebstahls resp. Hohleret.

Am 9. Juni c.: eine Anklage gegen den Einwohner Bartholomäus Drozdowski wegen Mordes.

Am 10. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Widerlichkeit gegen Polizeibeamte und versuchten Todesschlags.

Am 11. Juni c. eine Anklage gegen die unverheirathete Rosalie Maiale, wegen Kindermord.

Am 12. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 13. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 14. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 15. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 16. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 17. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 18. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 19. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 20. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 21. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 22. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 23. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 24. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 25. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 26. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 27. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 28. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 29. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 30. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 31. Juni c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 1. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 2. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 3. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 4. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 5. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 6. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 7. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 8. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 9. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 10. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 11. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 12. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 13. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 14. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 15. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 16. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 17. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 18. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 19. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 20. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 21. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 22. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 23. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 24. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 25. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 26. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 27. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 28. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 29. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow, wegen Kindermord.

Am 30. Juli c. eine Anklage gegen die Einwohner Wawrzyn und Józef Cichow,

Rudolph Rabsilber in Posen,

Breitestraße 20, Büttelstraße 10, empfiehlt ergebenst sein seit 23 Jahren hier bestehendes

Speditions- und Verladungs-Geschäft

zur Übernahme von

Woll-Speditionen, Dampfkessel-, Maschinen- und Möbel-Transporten, sowie Abrollen von Wollen u. v. der Bahn und auf Lagerschaffen, unter Zusicherung prompter und billiger Bedienung.

Während des Wollmarktes, Comptoir: Alten Markt und Breslauerstrasse-Ecke Nr. 60.

Basler Transport-Versicherungs-Gesellschaft.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß wir dem Kaufmann Herrn Siegmund Bernstein in Posen die General-Agentur unserer Gesellschaft für die Provinz Posen übertragen haben.

Basel, den 30. Mai 1869.

Die Direktion. Der General-Bevollmächtigte für Preußen.
C. Blanckarts.

C. Schnürpel, Berlin.

Auf vorstehende Annonce Bezug nehmend, erkläre mich zum Abschluß von Land-, Fluss- und See-Transportversicherungen und zur Ertheilung jeder gewünschten Auskunft gern bereit.

Siegmund Bernstein,
Breslauerstraße 20.

NB. Meldungen behufs Übernahme von Agenturen werden entgegengenommen.

P. P.

Gnesen, den 22. Mai 1869.

In Folge freundlicherlichen Uebereinkommens ist das von uns, als Universal-Erben unseres Vaters und Schwiegervaters, des Kaufmanns Joseph Rosenberg, unter seiner Firma betriebene Tabak-Fabrik-Geschäft mit heutigem Tage auf den mitunterzeichneten Julius Rosenberg, welcher dasselbe unter der unveränderten Firma

Joseph Rosenberg

für seine alleinige Rechnung fortführen wird, mit allen Aktivis und Passivis übergegangen.

Wir danken für das der Firma bisher bewiesene Vertrauen, und bitten, dasselbe auch dem jetzigen Inhaber bewahren zu wollen.

Achtungsvoll

Friederike Rosenberg,
M. Loewisohn,
Julius Rosenberg.

Von Dienstag den 1. Juni c. ab kann die hiesige Militär-Schwimm-Anstalt von Civilperson wie in früheren Jahren benutzt werden.

Karten hierzu sind vom genannten Tage ab an allen Wochentagen Vormittags von 1/2 bis 12 Uhr und Nachmittags von 1/2 bis 7 Uhr auf der Schwimm-Anstalt zu haben, und zwar:

für Freischwimmer à 1 Thlr.

für Schwimmschüler, welche bereits während des vorigen Sommers Unterricht genommen haben, à 1 Thlr. 15 Sgr.,

für Schwimmschüler, welche noch keinen Unterricht gehabt haben, à 2 Thlr.

Posen, den 27. Mai 1869.

Die Direktion.

Gedämpft & fein gem. Knochenmehl, Knochenmehl mit Schwefelsäure präparirt, hell und dunkel, Superphosphate mit und ohne Stickstoff.

Hornmehl, gedämpft u. fein gemahlen, letzteres wegen seines hohen Stickstoffgehalts vorzügl. Düngmittel für Wiesen, Gärten, Rüben, Raps, Blattpflanzen, wie Tabak, Karden, Hopfen etc. empfiehlt Dampfknöchenmehlfabrik, Gr.-Glogau.

Rüster Vorstadt, Kompt. Schulstr. 23.

Stroh jeder Art kauft (an allen Bahnhöfen abzunehmen) und zahlt die höchsten Preise

Joseph Isaacsohn in Zilehne.

E. Kajkowski,

Ballischei 65, empfiehlt echte englische doppelt gesiebte Kuhköhl, der Scheffel mit 10 Sgr., so wie die beste österreichische Steinkohle, deren Bestellung auch hr. C. Adamski, Breslauerstraße 9, annimmt.

200—400 Scheffel gute Kartoffeln werden gesucht. Reflektanten mögen sich melden Adalbert-Kaserne, Stube 21.

Große Auktion

des lebenden und toten Wirtschafts- resp. Haus-Inventariums von den lgl. Domänen-Borwerken Czechozyn, Riekw und Breslau, Kreis Neustadt, Regierungsbezirk Danzig.

Wegen Aufgabe der Pachtung beabsichtige ich am 14. Juni, 15. Juni und 16. Juni c.

1) 18 gute kräftige theile edle und wertvolle Pferde, 80 starke in gutem Zustand sich befindende Ochsen u. Stiere, 35 Kühe und Fehren veredelter Rasse, 1200 Schafe incl. Lämmer, reich wollige Negrettoni, Bitterbecker Böcke, Schweine, Hühner, Gänse, Enten, Tauben etc.

2) sämmtliches vollständig erhaltenes Wirtschafts-Inventarium mit Maschinen und Nutzholz.

3) das ganze Hausrath mit Möbel und Bettten, auf dem Amtshofe und im Amtshause hier selbst, von 9 Uhr Vormittags ab öffentlich meistbietend verkaufen zu lassen.

Czechozyn liegt 5 Meilen von Danzig an der Chauffee nach Pommern, dicht bei der Poststation Rieda in Westpreußen.

Amt Czechozyn, 25. April 1869.

Zwicker, R. Ober-Amtmann.

Ringöfen

zum Brennen von Ziegeln, Kalk, Thonwaaren, Cement und Gips,

Patent von Hoffmann & Licht,

ersparen zwei Drittel Brennmaterial und geben bei richtiger Behandlung einen viel gleichmässigeren Brand als Oefen alter Construction. Jeglicher Brennstoff ist verwertbar; über 400 solcher Oefen sind in verschiedenen Ländern bereits im Betriebe. Weitere Auskunft, Beschreibungen, Atteste etc. unentgeltlich.

Fried. Hoffmann,

Baumeister u. Vorsitzender des deutschen Vereins für Fabrikation von Ziegeln etc. Berlin, Kesselstrasse Nr. 7.



Rosen-Bouquets werden von jetzt ab geschmackvoll angefertigt.
Albert Krause, Kunst- u. Handelsgärtner, Posen, Schützenstr. 13/14, unweit der Tegelstiftischen Fabrik.

Fettvieh jeglicher Art und jeden Posten kauft und zahlt die höchsten Preise **Joseph Isaacsohn** in Zilehne.



Ein sehr gutes Reitpferd (militärisch), dunkelbraune Stute, 9 Jahr alt, 5 Fuß 5 Zoll groß, ist preiswert beim Bezirkskommandeur in Posen zu verkaufen.

Um ein großes Lager von garen Ledern so schnell als möglich zu räumen, erlaubt sich unterzeichnete Handlung den in diesem Fache gewerbetreibenden Kaufleuten, Schuhmachermeistern und Associationen auf untenstehenden Preis-Courant aufmerksam zu machen.

Scholly Behrendt, Thorn,

Brückenstraße Nr. 38.

Prima-Mastricher Sohlsleder . . .	à Pf. 14—15	Sgr. Braune Lippe	à Pf. 15—16 Sgr.
- Berliner Wildbrandsohlsleder =	13—13½	Schwarze Kalbfelle	23—24
- deutsche Kuhleder	12—13	Braune	à Pf. 27½—30—32
- Halbsohlsleder	à Pf. 13—14—15	Schwarze Schuhrohleder	à Pf. 20—21
Fahlsleder bester Gerbung, à Pf. 15—16			

Ein einspänniger, leichter Wagen auf Debern, mit Verdeck, gut erhalten, wird zu kaufen gesucht. **Leon Kantorowicz,** Schuhmacherstraße 3.

Stettiner Haus-Seife von Schindler & Mühl à 4½ Sgr. p. Pfund, sowie die berühmte

Glycerin-Seife von Ad. Huber offert

J. Blumenthal, Krämerstr. 15, vis-à-vis d. neuen Brodhalle.

Frisch geräucherten Ostsee-Zachs empfehlen

Gebr. Andersch.

Täglich frische Ziegenmilch zu verkaufen st. Adalbert 12.

Bu den am 9. u. 10. Juni d. J. stattfindenden

Ziehungen der Prz.-Frankfurter Lotterie mit

Gewinne und Prämien 1 Million 780,920

Gulden,

eingeteilt in solche von

Gulden 200,000; ev. 2 à 100,000;

50,000; 25,000; 20,000; 15,000;

12,000; 10,000; 6000; 4000; u.s.f., nebst 7600 Freilose erlaßt ich ganze

Loose à Thlr. 3. 13, halbe à Thlr. 1. 22,

und viertel à 26 Sgr. Diese Lose bitte

nicht mit Anteilschein zu verwechseln,

sondern ein Jeder bekommt das vom

Staate eigenhändig ausgesetzte Original-Los verfolgt, welches zu allen

seinen Ziehungen die volle Einlage in sich

trägt, weshalb auch während der 5 ersten

Klassen gar kein Verlust möglich ist. Der

amtliche Plan wird jeder Bestellung gratis

beigefügt, ebenso die Gewinnlisten nach

jeder stattgehabten Ziehung sofort zuge-

sendt und die Gewinne prompt ausbezahlt.

Man beliebe sich daher vertrauensvoll zu

wenden an

N.B. Briefe u. Gel-

der erbitte mir st;

leitere können auch

p. Posteinzahlung

od. d. Nachnahme in

berichtigt werden.

Samuel Goldschmidt

Hauptkollekteur, Frankfurt a. M.

Döngesgasse 14.

Auktion junger Zuchthiere.

Montag den 28. Juni 1869,

11 Uhr Vormittags,
beabsichtige ich circa

50 sprungfähige Southdown-Böcke,

50 junge Southdown-Schafe,

16 bis 20 Bullen und Bullenkälber, Shorthorn und

Shorthorn-Kreuzung,

16 bis 20 Kühe, tragende Kalben und Kuhkälber,

Shorthorn und Shorthorn-Kreuzung,

6 bis 8 Holländer, ungefähr 10 Monat alte Bullen-

und Kuhkälber,

circa 20 Eber und Sauen der mittelgroßen, weißen,

englischen Race,

auktionsweise zu verkaufen.

Vor der Auktion wird keines dieser Thiere abgegeben. Sie werden sämtlich zu Minimal-Preisen angezeigt und für jedes Gebot ohne Rücklauf zugeschlagen.

Vom 10. Juni an werden spezielle Verzeichnisse auf Verlangen versandt.

Dresden bei Pomritz an der Dresden-Görlitzer Eisenbahn, im Mai 1869.

von Magnus.

Specialität Centrifugal-Dampf-California-etc. Pumpen.
Pumpen. Amerik. Gebr. Pütsch, Röhrenbrunnen ohne Brunnenkessel.

Damen-Korsets, elegant gearbeitet u. gut sitzend, à Sdt. 25 Sgr., Kinder-Korsets, à 12½ Sgr., empfiehlt

Joseph Basch, Markt 48.

Allerneueste Glücks-Offerte. Das Spiel der Frankfurter Lotterie ist von der königl. preuss. Regierung gestattet.

„Gottes Segen bei Cohn!“ Grossartige wiederum mit Gewinnen bedeutend vermehrte Capital-Verloosung von über 3½ Millionen.

Die Verloosung garantirt und vollzieht die Staats-Regierung. Beginn der Ziehung am 11. Juni d. J.

Nur 4 Thlr. oder 2 Thlr. oder 1 Thlr. kostet ein vom Staate garantirtes wirkliches Original-Staats-Loos, (nicht von den verbotenen Promessen) aus meinem Depot und werden diese wirklichen Original-Staats-Loose gegen frankierte Einsendung des Betrages oder gegen Postvorschuss, selbst nach den entferntesten Gegenden von mir versandt.

Neuestr. 5, zum Oktober zu vermieten: 2. Stock eine Wohnung von 3 Stuben, Küche und Korridor; 3. Stock eine Wohnung von 4 Stuben und Küche bei
Z. Zadek & Co., Friedrichstr. 7.

Zwei möbl. Zimmer sind sofort zu vermieten Friedrichstr. 19, 2 Et. vornheraus.

In der Raczyński'schen Bibliothek ist vom 1. Oktober c. zu vermieten eine Wohnung mit Balkon, bestehend aus 4 Zimmern, Küche nebst Zubehör. — Gas- und Wasserleitung ist vorhanden. Zu erfragen beim Kastellan.

Bei unserer Abreise nach Danzig empfehlen wir uns unsern lieben Freunden und Bekannten in der Provinz Posen.

Posen, den 30. Mai 1869.

Ober-Regierungs-Rath **Heerkatz**.

nebst Frau.

Danksagung.

(Original in possession of Capt. Schrevers)

Wir unterzeichneten Passagiere des neuen unsern Schraubendampfers „Smidt“ ge- fügt durch Capt. G. Schrevers, fühlen uns veranlaßt, dem Hrn. Capt. Schrevers unsern aufrichtigen Dank für die sichere Leitung des Schiffes und für die freundliche und liebenswürdige Behandlung, welche uns während der sehr stürmischen Reise von Bremen nach Newport zu Theil wurde, hierdurch öffentlich auszusprechen. Bekanntlich ist der Dampfer **Smidt** eines der solidesten Schiffe, welche den Ocean befahren, und gehört zu der Reederei der Herren **G. Lange & Co.** in Bremen; diese Herren rechnen es sich zur besonderen Ehre, das reisende Publikum möglichst billig und gut nach und von Amerika zu befördern.

Disciplin und Küche ist auf dem **Smidt** ganz vorzüglich und die Verpflegung der Passagiere in jeder Hinsicht eine ausgezeichnete, und werden die Herren **G. Lange & Co.** wohl daran thun, ihre Dampferlinie in Valde zu vergrößern, denn wir sind fest überzeugt, daß der Andrang, mit diesem so beliebten Dampfer zu fahren, in kürzer Zeit ein sehr großer sein wird.

Auch den Offizieren des Dampfers **Smidt** gebührt unser volle Anerkennung.

An Bord des Dampfers **Smidt**.

Newyork, im Mai 1869.

gez.: Dr. Wotte aus Rotterdam.

Dr. Beger aus Newyork.

Rechtsanwalt Mr. Voelman aus Recklinghausen.

Krau Mr. Haarmann aus Hannover.

Jos. Mezger, Pfarrer aus Karlsruhe.

Mr. Schütter.

M. Hargeshimer.

Alwin Uroahn.

Joachim Koprow.

Heinrich Stahmann.

Carl Böttcher.

C. Böttcher.

W. Nitsch.

Wilhelm Becker.

Louis Karig mit Familie.

Carl Vorhöld.

A. Haaf.

Holgen noch 407 Unterschriften.

Regelmäßige Passagier-Beförderung

von Gustav Böhme & Co.
in Hamburg

am 1. und 15. jeden Monats
direct
(nicht über England)

von Hamburg nach New-York und Quebec.

Die zu unserer Linie gehörenden 20 großen dreimastigen Segelschiffe, eigens zu der Fahrt erbaut und auf das Beste eingerichtet und ausgerüstet, werden regelmäßig wie oben von uns expediert, und können wir sie Auswanderern ganz besonders empfehlen.

Nähere Auskunft ertheilen unsre Herren Agenten und auf frankirte Briefe

Gustav Böhme & Co., concessionirte Expeditoren in Hamburg.

Ein mit der Neuer-Versicherungs-Branche vollständig vertrauter junger Mann wird für ein größeres Haupt-Agentur-Büro gesucht. Adressen unter A. H. in der Exp. dieser Zeitung abzugeben.

Ein Knabe aus anständiger Familie, welcher Lust hat, die Gärtnerei zu erlernen, kann sich melden, im

Fehlan'schen Garten.

Einen Postbeamten, der polnisch und deutsch spricht, sucht das Dom. Niewierz bei **Dusanik** vom 1. Juli c. ab. Persönliche Vorstellung gewünscht. Gehalt 80 Thlr. mit freier Station.

Für mein Materialwarengeschäft suche ich zum sofortigen Antritt einen jungen tüchtigen Kommiss.

Neutomysl.

Zum 1. Juli oder gleich wird für ein Gut in der Nähe Posens ein deutscher

Hof-Berwalter gesucht. Gehalt 80—100 Thlr. Nur persönliche Meldungen werden berücksichtigt. Nachheres in der Exp. d. 2. Jg.

Ein auch zwei tüchtige Klempnergesellen finden sofort dauernde Arbeit bei

E. Sellge,

Klempnermeister in Pleschen.

Das Dominium Strykowo bei Stenszwo sucht zum 1. Juli d. J. einen deutschen Wirtschafts-Inspector, welcher auch der polnischen Sprache mächtig ist. Qualifizierte Bewerber bitte ihre Bezeugnisse fr. einzufinden, noch besser persönliche Vorstellung Donnerstag und Freitag, Posen, Hotel de Rome.

Ein Commiss, der Manufaktur- und Kurzwaaren-Branche mächtig, wünscht per 1. Juli Engagement. Auskunft erhält Herr H. J. Sussmann & Sohn.

Ein tüchtiger junger Mann mit guten Bezeugnissen verzeichen, der polnischen Sprache mächtig, findet in meinem Kolonial-, Wein- u. Bildgarten-Geschäft eine Stelle. Abschrift der Bezeugnisse wird verlangt.

Erzemesno. Isidor Mendel.

Boggen, fest.

May-Juni 52½ 52 51½

Juni-Juli 52½ 51½ 51½

Juli-August 52½ 51½ 51½

Kanalliste: nicht gemeldet.

Röhl, fest.

May 10½/24 11½

Sept.-Okt. 10½ 11½

Epiritus, matter.

May-Juni 17½ 17½/24

Juni-Juli 17½ 17½/24

Juli-August 17½ 17½/24

Kanaliste: nicht gemeldet.

Röhl, fest.

May-Juni 52½ 52½

Juni-Juli 52 52

Juli-August 50½ 50½

Stettin, den 29. Mai 1869. (Mareuse & Mass.)

Not. v. 28. Not. v. 28.

Rüböl, unverändert.

May 11½ 11½

Sept.-Okt. 11½ 11½

Epiritus, fest.

May-Juni 17 17

Juni-Juli 17 17

Juli-August 17½/24 17½

Not. v. 28. Not. v. 28.

Posener Marktbericht vom 31. Mai 1869.

von bis

May 50 50 50 50 50 50

June 50 50 50 50 50 50

July 50 50 50 50 50 50

August 50 50 50 50 50 50

September 50 50 50 50 50 50

October 50 50 50 50 50 50

November 50 50 50 50 50 50

December 50 50 50 50 50 50

January 50 50 50 50 50 50

February 50 50 50 50 50 50

March 50 50 50 50 50 50

April 50 50 50 50 50 50

May 50 50 50 50 50 50

June 50 50 50 50 50 50

July 50 50 50 50 50 50

August 50 50 50 50 50 50

September 50 50 50 50 50 50

October 50 50 50 50 50 50

November 50 50 50 50 50 50

December 50 50 50 50 50 50

January 50 50 50 50 50 50

February 50 50 50 50 50 50

March 50 50 50 50 50 50

April 50 50 50 50 50 50

May 50 50 50 50 50 50

June 50 50 50 50 50 50

July 50 50 50 50 50 50

August 50 50 50 50 50 50

September 50 50 50 50 50 50

October 50 50 50 50 50 50

November 50 50 50 50 50 50

December 50 50 50 50 50 50

January 50 50 50 50 50 50

February 50 50 50 50 50 50

March 50 50 50 50 50 50

April 50 50 50 50 50 50

May 50 50 50 50 50 50

June 50 50 50 50 50 50

July 50 50 50 50 50 50

August 50 50 50 50 50 50

September 50 50 50 50 50 50

October 50 50 50 50 50 50

November 50 50 50 50 50 50

December 50 50 50 50 50 50

January 50 50 50 50 50 50

February 50 50 50 50 50 50

March 50 50 50 50 50 50

April 50 50 50 50 50 50

May 50 50 50 50 50 50

June 50 50 50 50 50 50

July 50 50 50 50 50 50

August 50 50 50 50 50 50

September 50 50 50 50 50 50

October 50 50 50 50 50 50

November 50 50 50 50 50 50

December 50 50 50 50 50 50

January 50 50 50 50 50 50

February 50 50 50 50 50 50

March 50 50 50 50 50 50

nicht so leicht einer Preissteigerung folgen. Der Verkehr in loto und schwimmender Ware war heute nur mäßig belebt. Gesündigt 17,000 Ctr. Kündigungspreis 52 Rt.

Roggenmehl etwas fester.

Weizen loto behauptet, Termine erheblich höher.

Hafer loto besser beachtet; Termine still und wenig verändert. Gefündigt 600 Ctr. Kündigungspreis 29½ Rt.

Rüböl war bei sehr geringem Geschäft etwas matter gehalten. Gefündigt 300 Ctr. Kündigungspreis 11½ Rt.

Für Spiritus blieb die Kauflust sehr beschränkt und es gelang ihr, mit etwas billigeren Geboten zu reüffnen. Gefündigt 110,000 Quart. Kündigungspreis 17½ Rt.

Weizen loto pr. 2100 Pfds. 58—70 Rt. nach Qualität, pr. 2000 Pfds. pr. diesen Monat 61½ Rt. bz., Mai-Juni 61½ bz., Juni-Juli 61 a 1/2 bz., Juli-August 62½ a 63 bz., Sept.-Okt. 63 a 1/2 bz.

Roggen loto pr. 2000 Pfds. 51½ a 52 bz., per diesen Monat 51½ a 52½ bz., Mai-Juni 51½ a 52 bz., Juni-Juli 51½ a 52 bz., Juli-August 51½ a 52 bz., Sept.-Okt. 49½ a 1/2 bz.

Serke loto pr. 1750 Pfds. 40—52 Rt. nach Qualität.

Hafer loto pr. 1200 Pfds. 28—34 Rt. nach Qualität, 30 a 33½ bz., per diesen Monat 29½ Rt. bz., Mai-Juni do., Juni-Juli do., Juli-August 28½ bz., Sept.-Okt. 27½ bz.

Erbsen pr. 2250 Pfds. Kochware 58—65 Rt. nach Qualität. Butterware 50—54 Rt. nach Qualität.

Raps pr. 1800 Pfds. 84—87 Rt.

Rübelen, Winter 83—86 Rt.

Rüböl loto pr. 100 Pfds. ohne Faz 11½ Rt., per diesen Monat 11½ Rt. bz., Mai-Juni 11½ a 1/2 bz., Juni-Juli do., Juli-August 11½ Br., August-Sept., Sept.-Okt. 11½ bz., Okt.-Nov. 11½ a 1/2 bz.

Seinöl loto 11½ Rt.

Spiritus pr. 8000% loto ohne Faz 17½ Br., Rt. bz., loto mit Faz —, per diesen Monat 17½ a 1/2 bz., Mai-Juni 17½ a 1/2 bz., Br. u. Gd., Juni-Juli do., Juli-August 17½ a 1/2 bz., Br. u. Gd., August-Sept. 17½ a 1/2 bz., Sept.-Okt. —, Juli allein 17½ bz., August allein 17½ bz., September allein 18½ bz.

Mehl. Beigemehl 1 R. 0. 4—3½ Rt., 1 R. 0. u. 1. 3½—3½ Rt. Roggenmehl 1 R. 0. 3½—3½ Rt., 1 R. 0. u. 1. 3½—3½ Rt. pr. Ctr. unverkauft exkl. Sad. Bei begaupteten Preisen mäßiges Geschäft.

Roggenmehl 1 R. 0. u. 1. pr. Ctr. unverkauft inkl. Sad.: per diesen Monat 3 Rt. 15 Sgr. Br. a 14½ Sgr. Gd., Mai-Juni do., Juni-Juli 3 Rt. 14½ Sgr. bz., Gd. a 15 Sgr. Br., Juli-August 3 Rt. 14½ Sgr. Br., Sept.-Okt. 3 Rt. 13½ Sgr. Br.

Petroleum, rostnirtes (Standard white) pr. Ctr. mit Faz: loto 7½ bz., per diesen Monat —, Mai-Juni —, Sept.-Okt. 7½ a 1/2 bz.

(B. S.)

Stettin, 29. Mai. [Amtlicher Bericht.] Wetter: regnig. + 14° R. Barometer 28. Wind: SW.

Weizen fest und höher, p. 2125 Pfds. loto gelber inländ. 66½—68½

Rt., bunter poln. 66—68 Rt., weißer 67—69 Rt., ungar. 54—60 Rt., 83½ Pfds. gelber pr. Mai-Juni 67½ Rt. Gd., Juni-Juli 67½ bz., 68½ Br., Juli-August 68½ bz., 69 bz., u. Br., Sept.-Okt. 67½ a 1/2 bz., Gd. u. Br.

Roggen loto unverändert, Termine Anfangs fest, Schluss ruhiger, p. 2000 Pfds. loto 50½—52½ Rt., Mai-Juni 52—52½ bz., 52½ Br., Juni-Juli 51½—52 bz., Br. u. Gd., Juli-August 50, 50½ bz., Sept.-Okt. 49½ Gd., 49½ Br.

Gerste geschäftslos.

Hafer fest, p. 1850 Pfds. loto 32—34½ Rt., 47½ Pfds. pr. Mai-Juni u. Juni-Juli 33½ Rt. bz., Juli-August 33½ bz., Sept.-Okt. 31 bz.

Erbsen stiller, unverändert.

Mais p. 100 Pfds. loto 62—61½ Sgr. bz.

Petroleum pr. Sept.-Okt. 7½ Rt. bz.

Heutiger Landmarkt:

Weizen Roggen Gerste Hafer Erbsen

60—69 50—53 40—45 32—35 52—57 Rt.

Heu 20—25 Sgr., Stroh 7—9 Rt., Kartoffeln 12—15 Rt.

Rüböl unverändert, loto 11½ Rt. Br., inll. Petroleumfasser 11½ bz.,

pr. Mai 11½ bz., Mai-Juni 11½ Br., Sept.-Okt. 11½ Br., 11½ Gd.

Spiritus fest und höher, loto ohne Faz 17½ a 1/2 bz., mit Faz 17 Rt. bz., pr. Juni-Juli 17 bz. u. Gd., Juli-August 17½ Gd., August-Sept. 17½ a 1/2 bz., Br. u. Gd., Sept.-Okt. 17½ Gd., 17½ Br., Okt.-Nov. 16½ Gd.

Angemeldet: 100 Ctr. Rüböl

Regulierungspreise: Weizen 67½ Rt., Roggen 52½ Rt., Rüböl 11½ Rt., Spiritus 17 Rt. (D.M.-Stg.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 29. Mai. Nachmittags 1 Uhr. Weizen höher, loto 6, 10 a 6, 25, pr. Mai 5, 25, pr. Juni 5, 25, pr. Juli 5, 29, pr. November 6, 4. Roggen besser, loto 10, 5, 20, pr. Mai 5, 12, pr. Juli 5, 5, pr. November 5, 2. Rüböl fest, loto 12½, pr. Mai 12½, pr. Oktober 12½. Leinöl loto 11½. Spiritus loto 20½.

Breslau, 29. Mai. Nachmittags. Matt.

Spiritus 8000% 1. 16½. Roggen pr. Mai 47, pr. Mai-Juni 47. Rüböl pr. Mai-Juni 11½, pr. Herbst 11½. Raps fest. Sink ruhig. Bremen, 29. Mai. Petroleum, Standard white, loto 52. Matt und unverändert.

Hamburg, 29. Mai. Nachmittags.

Gretedemarkt. Weizen und Roggen loto fest, auf Termine steigend. Weizen pr. Mai 5400 Pfund netto 113 Bankothaler Br., 112 Gd., pr. Mai-Juni 113 Br., 112 Gd., pr. August-September 115 Br., 114½ Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfund Brutto 102 Br., 101 Gd., pr. Mai-Juni 89 Br., und Gd., pr. August-September 86 Br., 85 Gd.

Hafer ruhig. Rüböl matter, loto 23½, pr. Mai 23½, pr. Oktober 24½. Meldungen: 100 Ctr. Rüböl

Regulierungspreise: Weizen 67½ Rt., Roggen 52½ Rt., Rüböl 11½ Rt., Spiritus 17 Rt. (D.M.-Stg.)

Stettin, 29. Mai. [Amtlicher Bericht.] Wetter: regnig. + 14° R.

Barometer 28. Wind: SW.

Weizen fest und höher, p. 2125 Pfds. loto gelber inländ. 66½—68½

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde.	Barometer über der Öffn.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
29. Mai	Nachm. 2	27° 9°/62	+ 22°9	W 1-2 halbh. St., Ci-st.	
.	Abends 10	27° 9°/33	+ 13°2	W 2-3 heiter. St.	
30. .	Morg. 6	27° 9°/67	+ 12°4	SW 2-3 wolig. St., Ci-st.	
30. .	Nachm. 2	27° 9°/49	+ 15°1	WW 3/trübe. Cu-st. Ni.	
30. .	Abends 10	27° 11°/12	+ 10°9	W 0-1 trübe. St. Ni.	
31. .	Morg. 6	27° 10°/68	+ 9°2	W 1/trübe. St., Ni.	

Wetterleuchten.

Posen, am 30. Mai 1869, Vormittags 8 Uhr, 2 Fuß 5 Zoll
31. 2. 3.

Nachtrag.

* Wesel, 28. Mai. Noch ist der Kasernenbrand in Aller Wunde, und jetzt schon wieder ein neues Unglück, gräßlicher in seinen Folgen. Am heutigen Morgen 11 Uhr flog das hinter der Zitadelle dem Rheine zu liegende Laboratorium in die Luft, während über 100 Mann mit Patronenmachen beschäftigt waren. Leider sind Menschenleben dabei verloren, die Zahl der Toden ist indeß noch nicht genau festgestellt. Das nicht große, unerhebliche Gebäude brannte schnell nieder; Explosionen von Pulverfässern, losen Pulver und Patronen machten die Arbeitsstätte bald der Erde gleich. Die zunächst gelegenen Gebäude sind vollständig außer Gefahr.

Telegramme.

Worms, 31. Mai. Zu der heute einberufenen Protestantensversammlung trafen zahlreiche Gäste ein, darunter viele Kirchennotabilitäten. Die Stadt hat geflaggt. Es wurden mehrfache Änderungen des Programms beschlossen. Die Beleuchtung des Lutherdenkmals und der Festzug nach demselben unterblieb, um die Anlagen des Denkmalplatzes zu schonen.

London, 31. Mai. Motley ist aus Liverpool eingetroffen, er lehnte das Anerbieten des Majors, in dessen Staatsequipage nach dem Hotel zu fahren, ab, um unnötiges Aufsehen zu vermeiden.

Florenz, 30. Mai. Bei der Deputirtenwahl wurden Ferraris, Larin, Mordini und Luca wiedergewählt. — In Bologna war Ballotage zwischen Minghetti und Geneti nötig.

Fonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 29. Mai 1869.

Preußische Fonds.

Deutsche Fonds.